

IM FOKUS

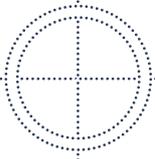
Klimawandel & Humanitäre Hilfe

Nothilfe, Strategien der Anpassung
und die Frage nach Gerechtigkeit



caritas international

DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS



INHALT

Einleitung: Klimawandel und Humanitäre Hilfe

Die Folgen des Klimawandels erfordern eine Neuausrichtung der Katastrophenhilfe. Das Partnerprinzip spielt dabei eine entscheidende Rolle. | *Stephan Günther, Ole Hengelbrock & Arbeitskreis Klimaschutz beim Deutschen Caritasverband* Seite 4

Anstieg des Meeresspiegels: Die Vertreibung aus dem Paradies

Wohin, wenn Inseln und Küstenregionen unbewohnbar werden? | *Mechthild Becker und Kira Vinke* Seite 10

Tropische Stürme: »Ein Notfallplan für jeden Haushalt«

Interview über Katastrophenvorsorge und Anpassung an den Klimawandel in Haiti | *Martina Backes mit Jean Rénel Baptiste, Joana Lajoie und Fidèle Nicolas* Seite 14

Fluten: Kein Land in Sicht

Starkregen und schmelzende Gletscher führen zu immer mehr und heftigeren Überschwemmungen. | *Stephan Günther* Seite 18

Feuer: Glühende Landschaften

Weltweit brennen Wälder und schädigen das Klima und die Ökosysteme. | *Stephan Günther* Seite 20

Hunger: Ernährungskrisen in Zeiten des Klimawandels

Die Landwirtschaft leidet unter den Folgen des Klimawandels, gleichzeitig ist sie mit verantwortlich für die Erderwärmung. Ein Umdenken tut Not. | *Susann Reiner und Martina Backes* Seite 22

Wassermangel: Mühsamer Kampf gegen Dürren

Caritas international setzt auf nachhaltiges Wassermanagement. | *Stephan Günther* Seite 25

Anpassung: Traditionelles Saatgut trotz der Dürre

Caritas-Fachmann Gerardo Jimenez im Interview über die kleinbäuerliche Landwirtschaft in El Salvador Seite 26

Anpassung II: Im Gleichgewicht mit Salz und Erde

Unterstützung für kleinbäuerliche Familien in dem sensiblen Ökosystem der Casamance | *Martina Backes* Seite 28

Gender-Gerechtigkeit: Diskriminierung im Klimawandel

Warum Frauen besonders von den klimatischen Veränderungen betroffen sind | *Lena Tiedemann* Seite 31

Entschädigung: Klimagerechtigkeit wird konkret

Wer kommt für die Schäden des Klimawandels auf? Über eine moralisch-ethische und sehr konkrete Diskussion | *Wolf-Gero Reichert* Seite 34

Caritas: Im Einsatz für besseren Klimaschutz

Internationale Vernetzung, Stromspar-Check und Klimaallianz – Bausteine auf dem Weg zur Klimaneutralität Seite 38

Impressum und Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Seite 39

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

seit Jahrzehnten bereits warnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor den existentiellen Gefahren durch den Klimawandel. Schon jetzt führt die Erwärmung zu einer globalen Krise, die alle Menschen trifft. Insbesondere aber bringt sie für diejenigen Menschen und Regionen lebensbedrohliche Auswirkungen für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben mit sich, die schon jetzt zu den ärmsten gehören. Doch obwohl mit der ersten Weltklimakonferenz 1979 und vor allem seit der „Agenda 21“ in Rio 1992 die Gefahren des globalen Klimawandels bekannt sind, kam der Klimaschutz nur schleppend voran.



Bevor ab dem Frühjahr 2020 die Corona-Pandemie zum alles beherrschenden Thema wurde, schien es so, als könnte eine neue Generation dies ändern. Rund um die globale Bewegung „Fridays for Future“ wurden die Fragen nach den ökologischen Kosten der Globalisierung, nach Mobilität und Individualverkehr, nach Ernährung, Fleischkonsum und Industrialisierung der Landwirtschaft neu gestellt. Und die Rufe nach einem Wandel wurden lauter und eindringlicher. Mit der Verbreitung des Corona-Virus endeten zunächst nicht nur die Demonstrationen und Aktionen der Klimabewegung, das Thema Klimaschutz rückte auch medial, gesellschaftlich und politisch in den Hintergrund.

Inzwischen aber stellen sich nicht nur die Klimaschutz-Aktivistinnen und -Aktivisten die Frage nach den Lehren aus der Corona-Pandemie, die zum Teil verblüffende Ähnlichkeiten mit den Forderungen der Klimaschutz-Bewegung aufweisen. Vieles funktioniert auch ohne Flug- und Autoverkehr. Video-Konferenzen können Dienstreisen ersetzen. Nicht alle Güter müssen um die ganze Welt transportiert werden. Der Konsum insgesamt kann reduziert werden. Was während der Corona-Krise funktioniert, sollte auch für den Klimaschutz möglich sein. Und die zumindest in Ansätzen erkennbare Solidarität über Grenzen hinweg könnte Vorbild sein für die Hilfen, die besonders vom Klimawandel betroffene und zudem arme Gesellschaften benötigen – in den Dürreregionen Ostafrikas, bei Überschwemmungen in Südasien oder nach tropischen Stürmen in der Karibik.

Mit dieser Broschüre geben wir Einblicke in die Probleme, die der Klimawandel für die Humanitäre Hilfe bringt. Und wir zeigen Ansätze der Katastrophenvorsorge, die Caritas international, das Hilfswerk der deutschen Caritas, mit ihren Partnern und mit Betroffenen erarbeitet. Dabei wird deutlich, dass diese Ansätze die negativen Folgen des Klimawandels zwar reduzieren, aber keine Lösungen der Probleme darstellen können. Denn der Klimawandel ist von den am meisten betroffenen Menschen nicht verursacht worden, sondern Folge unserer globalen Wirtschafts- und Lebensweise. Hier gilt es anzusetzen. Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass – analog zur Corona-Krise – ein globaler Klimanotstand ausgerufen wird, könnte die Corona-Krise neue Blickwinkel eröffnen helfen. Vielleicht tragen die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie dazu bei, dass auch der Klimaschutz künftig schneller, effektiver und überzeugender als bislang umgesetzt wird.

Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident des Deutschen Caritasverbandes

Dr. Oliver Müller
Leiter Caritas international

Klimawandel und Humanitäre Hilfe

Extremwetterereignisse und langfristige Klimaveränderungen erfordern eine Neuausrichtung der Katastrophenhilfe und der Katastrophenvorsorge. Die Erfahrungen zeigen, dass die Anpassung an den Klimawandel möglichst kooperativ und am Partnerprinzip auszurichten ist.

Von Stephan Günther, Ole Hengelbrock & dem Arbeitskreis Klimaschutz beim Deutschen Caritasverband¹

Innerhalb von sechs Wochen wurde Mosambik im März und April 2019 von zwei zerstörerischen Wirbelstürmen getroffen, 1,8 Millionen Menschen waren auf Humanitäre Hilfe angewiesen. Im Jahr zuvor löste der stärkste Monsun der vergangenen Jahrzehnte im indischen Bundesstaat Kerala schwere Sturzfluten aus, die großflächig die Ernten vernichteten und nahezu eine Million Menschen kurzzeitig obdachlos machten. Im September 2016 bangten rund 40 Millionen Menschen in der Karibik um ihre Existenz, als der bisher heftigste Hurrikan über einige Inseln stürmte und die Küsten von Kuba und Haiti streifte. Aufgrund ausgebliebener Re-

genfälle waren in Afghanistan im Herbst 2018 mehr als zehn Millionen Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen.

Klimawandel bringt extreme und schleichende Änderungen

Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Denn die Anzahl der Naturkatastrophen hat sich weltweit in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt, bedingt insbesondere durch die Zunahme klimatisch verursachter Katastrophen. Mit dem weiteren Anstieg der globalen Temperaturen aufgrund der steigenden Emissionen von Kohlendioxid und

anderer Treibhausgase wird sich dieser Trend weiter fortsetzen. Es ist mit einer Zunahme extremer Hitzewellen, langanhaltender Dürren, schwerer Überschwemmungen und küstennaher Katastrophen zu rechnen². Der steigende Meeresspiegel wiederum löst in Kombination mit klimatischen Veränderungen Sturmfluten aus. Neben häufigeren Extremwettern und Katastrophen führt der Klimawandel auch zu schleichenden Veränderungen: Böden versalzen und Meere versauern. Ganze Küstenregionen gehen verloren, und schützende Korallenriffe sterben großflächig ab. Die Fischerei erleidet starke Einbußen.



© Simone Stefanelli

Im Niger und anderen Teilen des Sahel müssen die Menschen ihr Trinkwasser von weither holen. Oft übernehmen Kinder diese Aufgabe – und können dann nicht zur Schule gehen.

Dürren und Ressourcenverknappung führen zum Verlust von ehemals sicheren Trinkwasserquellen und von Weideflächen.

Dies alles spüren in erster Linie die Menschen in den Regionen der Welt, die ohnehin zu den ärmsten gehören. Zwar ist der Klimawandel auch in den Industrieländern Nordamerikas und Europas zunehmend wahrnehmbar, doch vor allem sind es die Bewohner/innen der tropischen und subtropischen Gebiete Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert sind. Seit Ende der 1980er Jahre wird vermehrt über die Veränderungen des Klimas berichtet und vor bedrohlichen Folgen gewarnt. Aber erst heute wächst die Einsicht, dass der Klimawandel zur weltweit größten Bedrohung wird und auch viele mittelbare Folgen hat: Auf die Verknappung von Wasser und fruchtbaren Böden folgen vielerorts Ernteausfälle und Hunger, was wiederum neue humanitäre Krisen, Verteilungskämpfe und Konflikte auslösen kann. Zynisch mutet dabei an, dass die Menschen, die unter den konkreten Folgen am meisten leiden, im weltweiten Vergleich am wenigsten zur Erderwärmung beitragen. Ursachen und Folgen, Verursachende und Leidtragende liegen geografisch wie sozial oftmals weit auseinander. Caritas international setzt daher einen Fokus auf die gleichzeitige Betrachtung ökologischer und sozialer Herausforderungen, um gegenseitige Wechselwirkungen erkennen und diesen in zusammenhängender Weise begegnen zu können.

Wie aber kann die Humanitäre Hilfe in Zeiten des Klimawandels gleichermaßen ökologische wie soziale Aspekte berücksichtigen? Und welche Folgen hat der Klimawandel für die Humanitäre Hilfe im Allgemeinen und im Besonderen für Organisationen wie Caritas international, die gemeinsam mit Partnern vor Ort und in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen Hilfe leisten?

Aus dem Verständnis heraus, dass nachhaltige Katastrophenhilfe nur in enger Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, lokalen Fachkräften und den Betroffenen selbst erfolgreich sein kann, agiert Caritas international seit jeher nach dem Partnerprinzip und nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Bei der durch den rasant fortschreitenden Klimawandel notwendigen Neuausrichtung der weltweiten

haltebecken und Zisternen zu bauen, weil die Trockenperioden immer länger werden. Allein um während der Dürren die betroffenen Menschen etwa in Nordkenia oder Äthiopien mit Wasser zu versorgen, werden künftig große Leitungssysteme angelegt werden oder Tanklaster in die Dürreregionen fahren müssen. Bei der letzten übermäßig lang andauernden Dürre im Jahr 2017 wurde letzteres bereits prakti-



Starkregen führen auch in niederschlagsarmen Regionen wie dem Sahel zu schweren Überschwemmungen.

Katastrophenhilfe setzt das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes weiterhin auf eine enge Kooperation mit den Betroffenen und den Partnern vor Ort. Es wird angesichts der veränderten Gefahren jedoch mit diesen Verbündeten auch neue Wege der Hilfe entwickeln müssen.

Der Klimawandel erfordert mehr Humanitäre Hilfe

Die Verdopplung der jährlich registrierten Naturkatastrophen von etwa 200 weltweit vor 20 Jahren auf heute mehr als 400 ist auf den Anstieg klimabedingter Katastrophen zurückzuführen, drei Viertel davon auf Extremwetterereignisse. Für die Humanitäre Hilfe bedeutet dies zwangsläufig eine Zunahme an Aufgaben: In Dürregebieten wird es voraussichtlich immer seltener ausreichen, Wasserspeicher, Rück-

ziert. Allerdings verloren die Menschen dennoch einen Großteil der Viehherden. In Somaliland, einer autonomen Region in Somalia, starben bis zu 80 Prozent der Tiere. Sie stellen oftmals die einzige Lebensgrundlage und Einkommensquelle der nomadisch lebenden Bevölkerung dar, ihr Verlust hat existentielle Folgen.

In Südasien wurde in den vergangenen zehn Jahren eine starke Veränderung des Monsuns gemessen: Regenfälle fielen intensiver aus, die Monsunzeiten waren verkürzt und insgesamt weniger berechenbar. Künftig wird mit einer weiteren „Zunahme der Gesamtmenge an Monsunniederschlag“ gerechnet³. Der „Jahrhundertflut“ 2018 im indischen Bundesstaat Kerala gingen in den Jahren zuvor weitere schwere Überschwemmungen in Indien, Bangladesch, Pakistan und anderen Staaten der Region voraus. >>

2010 war eine weitere „Jahrhundertflut“ in Pakistan dafür verantwortlich, dass Millionen Menschen ihre Häuser verloren. Caritas international leistet in diesen Staaten immer wieder Nothilfe, versorgt die Betroffenen mit Wasser und Lebensmitteln sowie medizinisch und psychosozial und unterstützt den Wiederaufbau an möglichst überflutungssicheren Lagen.

Doch die Flutgefahr in asiatischen Ländern geht nicht nur von unberechenbaren Monsunregen aus. Erst kürzlich veröffentlichten 200 Wissenschaftler vom Internationalen Zentrum für Integrierte Entwicklung in Bergregionen (ICIMOD) umfangreiche Daten und Analysen über die Auswirkungen des Klimawandels in Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Indien, Myanmar, Nepal und Pakistan⁴: Wenn die Erhitzung unseres Planeten weiter fortschreitet, so die Ergebnisse ihrer Forschung, werden bis zum Ende des Jahrhunderts mindestens ein Drittel der Gletscher im Hindukusch-Himalaya abschmelzen. Hier lagern nach jenen der Antarktis und Arktis die drittgrößten Eisvorräte der Erde. Diese Eismassen speisen die wichtigsten Flüsse Asiens und sichern die Wasserversorgung von rund 1,9 Milliarden Menschen. Schmelzen die Gletscher, so ist damit die Wasserversorgung der hier lebenden Bevölkerung weithin gefährdet. Betroffen sind vor allem die Ärmsten in der Hindukusch-Himalaya-Region. Und: Mit der Schmelze fließen ungeheure Wassermassen talabwärts und sorgen in Kombination mit Starkregen für weitere Flutgefahren.

Die Beispiele Ostafrikas, Südasiens und des Hindukusch machen deutlich: Die Zeiträume werden enger, in denen sich vermeintliche „Jahrhundertdürren“ oder „Jahrhundertfluten“ ereignen und in denen Gletscher an Umfang verlieren. Und die daraus folgende Verdichtung von Katastrophenereignissen führt zu einem

erhöhten Bedarf an Humanitärer Hilfe. Caritas international und ihre Partner vor Ort rechnen damit, dass dieser künftig noch steigen wird.

Klimawandel erfordert Katastrophenvorsorge

Neben der Not- und Katastrophenhilfe wird der Fokus humanitärer Hilfe vor allem auf einer Ausweitung der Katastrophenvorsorgeliegen. Caritas international und ihre Partner haben in den vergangenen Jahren in diesem Feld viel Expertise aufgebaut und langfristige Maßnahmen umgesetzt. Die Strategie des katholischen Hilfswerks sieht einen weiteren Ausbau der Katastrophenvorsorge vor. Auch das Auswärtige Amt intensiviert die Aktivitäten auf diesem Feld, es sieht in seiner Strategie zur Humanitären Hilfe im Kontext des Klimawandels sogar einen „Paradigmenwechsel“: „Ziel ist eine kohärente Agenda für die humanitär geprägte Anpassung an den Klimawandel, die das vorhandene Wissen über den Klimawandel und seine Risiken für vorausschauende humanitäre Hilfe nutzbar macht.“⁵ Der

Die Zeiträume werden enger, in denen sich „Jahrhundertdürren“ oder „Jahrhundertfluten“ ereignen.

Blick soll nach vorne gerichtet werden. Hilfe sollte beginnen, bevor eine Katastrophe eintritt, um ihre Folgen abzumildern. Anschaulich wird dies im Fall von Dürren, die sich mithilfe wissenschaftlicher Niederschlagsvorhersagen früher und genauer ankündigen lassen. Mit den Warnungen vor einer bevorstehenden Trockenzeit („Trigger“) können Finanzmittel frühzeitig freigegeben („forecast-based financing“) und Hilfsleistungen angestoßen werden („early action“).



© EU/ECHO/IMO Dahr

Die Möglichkeiten einer technischen und infrastrukturellen Vorsorge im Zuge der „Anpassung an den Klimawandel“ sind vielfältig und abhängig von der Art der jeweiligen Gefahrenlage. Der Bau von Dämmen und Schutzbauten in Gebieten, die durch Überschwemmungen bedroht sind, gehört genauso dazu wie die Anlage von weiteren Zisternen, Wasserrückhaltebecken und Wasserleitsystemen in Dürreregionen. Hier ist auch die Herkunft und Herstellungsart der zu verwendenden Baumaterialien zu beachten. In-

dustriell hergestellte und aufwendig importierte Materialien wie Stahlbeton oder Zement können durch regional verfügbare Materialien wie Holz, Lehm oder Naturstein ersetzt werden. Selbst in Notsituationen gibt es keinen Vorwand, Materialien klimaschädlich einzufliegen oder zu gewinnen. Mittel- und langfristig können auch veränderte Anbaumethoden, dürreresistentes Saatgut oder Schutzpflanzungen gegen Erosion durch Wind, Wasser und Sonne zur Vorsorge beitragen.



Die Dürren am Horn von Afrika, wie hier in Somalia, erfordern neben akuter Humanitärer Hilfe auch langfristige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Mancherorts aber werden Ackerbau und Viehzucht dauerhaft nicht mehr möglich sein.

Die soziale Dimension des Klimawandels

Die Folgen des Klimawandels sind eng mit denen der sozialen Ungleichheit verknüpft: Extreme Wetterereignisse werden erst deshalb zu Katastrophen, weil es Menschen gibt, die ihnen schutzlos ausgeliefert sind. In den betroffenen Ländern sind das insbesondere Gruppen wie Kinder, Schwangere, alte Menschen und Menschen mit Behinderungen. Katastrophenvorsorge als Anpassung an den Klimawandel benötigt daher weit mehr als technische und infrastrukturelle Ansätze. Sie muss die sozialen und kulturellen Gegebenheiten berücksichtigen, sie muss die von Katastrophen gefährdeten Menschen in die Konzepte mit einbeziehen, die lokal und regional gesammelten Erfahrungen aufgreifen und so Katastrophenhilfe und Katastrophenvorsorge zu festen Bestandteilen der gefährdeten Gesellschaften machen.

Prävention und Risikoreduzierung gehören explizit zum Mandat der Humanitären Hilfe.⁶ Denn Katastrophen beginnen bereits vor den Schreckensbildern, welche die Medien der Öffentlichkeit zeigen. Als beispielsweise im August 2017 ein Erdbeben am Rande Freetowns, der Hauptstadt von Sierra Leone, etliche Häuser mit sich riss, tötete die Schlammlawine mehr als 1.100 Menschen. Es war eine absehbare Katastrophe, denn durch die rasante Urbanisierung liegen viele Wohnungen in Gebieten ohne Drainagen oder Abwasserkanälen und werden daher regelmäßig überflutet. Oder sie liegen an Berghängen, die sporadisch bebaut und kaum gesichert sind. Oftmals werden Menschen in ärmeren Verhältnissen an diese gefährlichen Wohnorte gedrängt. Berggrutsche hat es in Sierra Leone immer schon gegeben. Jedoch hat sich die jährliche Regenzeit verkürzt, zeitlich verschoben und tritt mit stärker werdender Intensität auf. Insofern gab es in diesem konkreten Fall und gibt es in vielen anderen Fällen deutliche und warnende Anzeichen vor dem Eintritt einer Katastrophe.

Daher gehört es zum Mandat von Caritas international, Bevölkerungsgruppen, die ihre Einkommensquellen und ihr Zuhause durch Naturkatastrophen verloren haben, zunächst das Überleben zu sichern und perspektivisch zu zukunftsicheren Lebensverhältnissen zu verhelfen. Die Kombination von Humanitärer Hilfe und längerfristigen Maßnahmen, wie sie in der Katastrophenvorsorge bereits praktiziert wird, gewinnt in Zeiten des Klimawandels noch an Bedeutung.

Prävention braucht Weitblick

Ob und wie erfolgreich Katastrophenvorsorge ist, hängt nicht zuletzt von der sozialen Einbettung der Maßnahmen ab. Die Hilfe muss bei den Betroffenen vor Ort ansetzen und ihre Schutzmechanismen stärken. Durch vernetzte Katastrophenvorsorge und kluge Anpassung an klimatische Veränderungen, das zeigen die Erfahrungen von Caritas international, können Verluste und Schäden abgemildert werden. Viel wichtiger noch: Wir können Leben retten, wenn die Katastrophenhilfe nicht nur auf eine akute Katastrophe ausgerichtet ist, sondern insbesondere ärmere Bevölkerungsgruppen, Gemeinden und Gesellschaften gegen die Folgen des Klimawandels besser vorbereitet sind. Das kann nur gelingen mit einem tiefen Verständnis über gesellschaftliche Kontexte. Mehr als bislang werden zu den zentralen Charakteristiken von Hilfsorganisationen sozialräumliche Eingebundenheit und gesellschaftliche Zugehörigkeit gehören müssen. Internationale Hilfsorganisationen müssen sich lokalisieren, also die Menschen vor Ort in Entscheidungsprozesse aktiv einbinden und zudem mehr Entscheidungen tragen lassen. >>

Gemeinsam lernen, gemeinsam schützen

Warum es nötig ist, die soziale Komponente in der Katastrophenvorsorge insgesamt, besonders aber auch in der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu stärken, wird bisweilen erst auf den zweiten Blick deutlich. Dann nämlich, wenn beispielsweise Ingenieure einen Schutzdamm gebaut haben, aber nicht klar ist, wer diesen instand hält. Oder wenn der Staat eine Informationsveranstaltung zum Katastrophenschutz durchführt, aber ungeklärt bleibt, wie das dabei gewonnene Wissen weitergetragen und konserviert wird. Es braucht also professionelle Sozialarbeit und Bildung auf sozialräumlicher und gemeindebasierter Ebene, um Katastrophenvorsorge in den Gemeinden, Schulen, Arbeitsstellen oder Nachbarschaften dauerhaft zu implementieren. Aufgrund des weltweiten Netzwerkes von Caritasverbänden – oft als die größte Nichtregierungsorganisation der Welt beschrieben – hat Caritas gute Voraussetzungen und die Verantwortung, über die Katastrophenhilfe hinaus solche sozialen Dienste anzubieten.

Vergleichbare Ansätze verfolgt Caritas international in Indien. In Assam und Odisha lernen Dorfgemeinden, mit den immer häufiger auftretenden Überschwemmungen und Zyklonen umzugehen und die Schäden zu minimieren. Im Vorfeld des dort durchgeführten Projekts hatten Caritas-Mitarbeitende mit einem Komitee frühere schwere Überschwemmungen reflektiert und daraus gemeinsam Notfallpläne für die Zukunft

entwickelt. Vor und während eines Aktionstages besuchten die Beteiligten – neben den Bewohner/innen auch Kommunalpolitiker/innen – eine Ausstellung zum Thema und erhielten eine Einführung in die „Überschwemmungsprävention“. Der Lerneffekt reicht von ganz praktischen Vorbereitungen bei drohenden Überschwemmungen bis hin zu Übungen für den Notfall. Vorbereitend werden etwa



Traditionelle Bauweisen mit verbesserten Schutzfunktionen: Stelzenhäuser – wie sie Caritas international in Kambodscha errichtet hat – haben schon viele Menschen vor Fluten gerettet.

© Gernot Rittthaler

Dokumente wasserdicht verpackt, wird Saatgut auf Hochstände gelagert und Vieh auf höhere Lagen getrieben. Beim Notfalltraining lernten die Beteiligten, wie sie Trinkwasser reinigen oder Personen auf dem Wasser transportieren können. In Komitees erarbeiten die Dorfgemeinschaften Notfallpläne für eine schnelle Evakuierung aus bedrohten Gebieten. Auch Kinder spielen eine wichtige Rolle: Sie nehmen in den Schulen das Thema Prävention und korrektes Verhalten in Katastrophensituationen regelmäßig durch. Durch die Zusammenarbeit von Gemeindevertreter/innen, Kommunalpolitiker/innen und dem indischen Staat wurden außerdem einige wichtige Baumaßnahmen zum Schutz umgesetzt:

Während sich die Dorfbewohner/innen zum Anbau von Pflanzen verpflichteten, die den Boden festigen, ließen die Bundesbehörden künstliche Stromschnellen bauen, um die Strömung an besonders gefährdeten Steilufern umzuleiten.

Vor dem Hintergrund einer gleichermaßen erhöhten Katastrophengefahr durch den Klimawandel und der Erkenntnis, dass ein Schutz davor nicht ohne soziale Komponenten auskommt, hat Caritas international einen kohärenten Ansatz entwickelt, in dem sich die Caritas-spezifische soziale Facharbeit sowie die Katastrophenhilfe und -vorsorge verbinden, um nachhaltige strukturelle Entwicklungsprozesse voranzutreiben und Synergien zwischen den beiden Arbeitsfeldern zu schaffen. Sämtliche Maßnahmen sind verbunden mit den Zielen, die Eigenverantwortung und Selbstständigkeit der Menschen zu stärken, Benachteiligungen abzubauen

en sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben zu ermöglichen, um so Chancengerechtigkeit zu realisieren.

Für den Notfall bereit sein – national und lokal

In weiten Teilen Mittelamerikas geht es genau um diese Herausforderungen, sind die Länder doch besonders durch (klimabedingte) Katastrophen gefährdet. Viele Menschen leiden unter der extrem ungleichen Verteilung des vorhandenen Reichtums. Konzepte der Katastrophenhilfe und -vorsorge müssen hier also in besonderem Maße die Sozialstruktur berücksichtigen. Ein Projekt in Guatemala – „Prä-

vention und Risikomanagement zur Stärkung der Bevölkerung gegenüber Katastrophen“ – macht dies sehr deutlich.⁷ Im Rahmen des „Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge 2015 - 2030“ der Vereinten Nationen (UN) geht es darum, in Guatemala auf Regierungsebene nationale Koordinierungsstellen zu dessen Umsetzung einzurichten. Katastrophenvorsorge, Katastrophenschutz und die dazu nötigen Strukturen benötigen eine Umsetzung nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler und lokaler Ebene. In dem im Anschluss ausführlich evaluierten Projekt werden auf Gemeindeebene zunächst Basisinformationen vermittelt und mit den einbezogenen Menschen erarbeitet: Wo liegen die größten Risiken? Welche Maßnahmen sind bereits installiert? Wo gibt es Verbesserungspotential? In einem Land, das zunehmend unter Dürren leidet, gleichermaßen jedoch auch durch tropische Stürme und Starkregen bedroht ist, bedarf es einer lokal angepassten Herangehensweise. Die enge Einbeziehung der Maya-Gemeinden ermöglichte dabei den Aufbau von Konzepten zur Katastrophenvorsorge und der Anpassung an den Klimawandel. Der Aufbau der Komitees, die Vernetzung der verschiedenen Ebenen und die langfristige Implementierung erfordern dabei ein hohes Maß an sozialer Arbeit, fachlicher Kompetenz und – nicht zuletzt – an Zeit.

Mehr noch als bislang bedeutet nachhaltige Katastrophenhilfe im Kontext des Klimawandels also nicht nur eine schnelle Reaktion auf eine Katastrophe, sondern umfasst ebenso vorbeugende Maßnahmen und führt hin zu längerfristiger enger Kooperation mit den Partnern vor Ort.

Wichtig sind somit sowohl die zeitliche wie auch eine konzeptionelle Komponente. Soforthilfe und Wiederaufbau stehen nicht unverbunden nebeneinander, sie sind aufeinander abgestimmt und setzen nachhaltige Entwicklungsprozesse in Gang. Sie ermöglichen die dringend erforderlichen interaktiven Lernräume für alle Beteiligten. Die Katastrophenhilfe der Caritas führt über die kurzfristige Inter-

vention hinaus und versucht, die Solidarität von außen in Hilfe zu übersetzen, welche sich mit der Selbsthilfe der Betroffenen verbindet, dabei aber auch die Ursachen für die Notlagen bekämpft und den Armen und Marginalisierten eine Stimme gibt.



Wasser-Komitees wie hier in Pakistan stimmen den Bau von Häusern, Brunnen oder Wasserspeichern ab und sorgen für deren Instandhaltung.

international sieht sich im Sinne des Partnerprinzips als Teil eines weltweit agierenden Netzwerks von Caritas-Organisationen. Und die Caritas, so die Visionen und Leitlinien des Hilfswerks, „ergreift Partei für die Armen und Ausgegrenzten. (...) Parteilnahme für die Betroffenen bedeutet auch, auf politische Entscheidungsträger auf lokaler, nationaler wie globaler Ebene Einfluss zu nehmen. Sie soll nicht die Eigeninitiative der Betroffenen ersetzen.“

Es braucht Solidarität, Fürsprache – und Geld

Caritas international nimmt als Teil des weltweiten Caritas-Netzwerks an den UN-Klimakonferenzen teil, um Einfluss zu nehmen auf die Entscheidungsträger. Dabei geht es gleichermaßen um Klimaschutz wie um die Anpassung an den Klimawandel. Denn ein wirksamer Klimaschutz, der die globale Erwärmung des Klimas in Grenzen hält, ist die wohl effektivste Katastrophenvorsorge. In diesem Sinne kann der Einsatz für besseren Klimaschutz in den Industriestaaten auch als Teil der Humanitären Hilfe interpretiert werden. ■

1) Der Arbeitskreis stimmt die Aktivitäten des Deutschen Caritasverbandes (DCV) und dessen Hilfswerk Caritas international ab, insbesondere im Vorfeld der Weltklimakonferenzen oder bei den Mitgliedschaften des DCV in der Klimaallianz und der Klimakollekte (siehe auch Seite 36 ff.). Aktiv im Arbeitskreis sind Martina Backes, Christopher Bangert, Anke Becker, Jonas Brenner, Stephan Günther, Ole Hengelbrock, Friedrich Kircher, Kilian Linder, Claudio Moser und Susann Reiner.
 2) IPCC laut Sonderbericht 1,5 °C globale Erwärmung – SR1.5
 3) IPCC 2014: Klimaänderung 2013: Naturwissenschaftliche Grundlagen. Häufig gestellte Fragen und Antworten – Teil des Beitrags der Arbeitsgruppe I zum Fünften Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) [T.F. Stocker, D. Qin, G.-K. Plattner, M. Tignor, S.K. Allen, J. Boschung, A. Nauels, Y. Xia, V. Bex und P.M. Midgley (Hrsg.)]. Deutsche Übersetzung durch die deutsche IPCC-Koordinierungsstelle und Klimabüro für Polargebiete und Meeresspiegelanstieg, Bonn, 2017.
 4) <http://www.icimod.org/> und: Philippus Wester, Arabinda Mishra, Aditi Mukherji, Arun Bhakta Shrestha: The Hindu Kush Himalaya Assessment Mountains, Climate Change, Sustainability and People. Springer Nature Switzerland, 2019.
 5) Auswärtiges Amt: Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe im Kontext des Klimawandels. Download 05.09.2019 von: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussepolitik/themen/humanitaere-hilfe/-/205130>
 6) Siehe auch Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015 – 2030 der Vereinten Nationen (UN)
 7) Diakonie Katastrophenhilfe, Caritas Germany, International Department: Lessons learned and best practices. Project: Building resilience *to disaster risk through emergency preparedness and disaster risk management in rural Maya communities in the Departments of Baja Verapaz, Quetzaltenango and Quiché/Guatemala. Freiburg 2017.

Die Vertreibung aus dem Paradies

Wenn der Meeresspiegel steigt oder tropische Stürme an Intensität zunehmen, werden viele Inseln der Karibik und des Pazifik besonders gefährdet sein. Schon heute zwingen die Folgen des Klimawandels dort Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Eine Herausforderung für die internationale Gemeinschaft.

Von Mechthild Becker und Kira Vinke

Auf Barbuda gibt es eine Zeit vor „Irma“ und eine Zeit nach „Irma“. Der tropische Wirbelsturm der Kategorie 5 zog im September 2017 eine Schneise der Verwüstung durch die Karibik. Auf die kleine Insel Barbuda traf er mit besonderer Wucht. Über Nacht wurden die Infrastruktur und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung Barbudas vernichtet. Zwei Tage später ordnete die Regierung des Inselstaates Antigua und Barbuda die komplette Evakuierung der Insel an, weil sich ein anderer Hurrikan zu nähern drohte. Die rund

1.800 Einwohnerinnen und Einwohner mussten ihre Heimat verlassen und durften erst Wochen später zurückkehren. Noch zwei Jahre nach der Katastrophe sind die Folgen des Sturms gravierend.

In seinem jährlichen Bericht über interne Vertreibungen schätzt das Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), dass Hurrikan Irma 2017 in der Karibik mehr als zwei Millionen Menschen zur Migration gezwungen hat.¹ Weltweit wurden in dem Jahr etwa 18 Millionen Menschen durch wetterbe-

dingte Ereignisse innerhalb ihrer Heimatländer vertrieben.² Extremwetterereignisse wie tropische Wirbelstürme, Überflutungen oder Hitzewellen haben Menschen seit jeher zur Flucht gezwungen.

In Zeiten eines sich wandelnden Klimas stellt sich jedoch die Frage, welchen Einfluss Klimafolgen auf Vertreibung haben und wie in Zukunft Migration in Würde ermöglicht werden kann. Antworten auf diese Fragen werden auch vermehrt in der Humanitären Hilfe gesucht.

Die mehr als tausend Inseln der Republik Marshallinseln liegen durchschnittlich nur zwei Meter über dem Meeresspiegel. Sie drohen durch den Klimawandel zu versinken.

Inseln versinken im Meer

Wetterextreme zeigen die zerstörerische Kraft des Klimawandels – ein einzelnes Ereignis kann enormen wirtschaftlichen Schaden anrichten und Tausende in die Flucht treiben. Sofort erscheinen Bilder von sich im Sturm biegender Palmen, von verwüsteten Landstrichen und abgedeckten Häusern vor dem geistigen Auge. Zunehmende Wetterextreme sind die offensichtlichen Folgen des Klimawandels. Doch können auch die langsam voranschreitenden Veränderungen wie der Anstieg des Meeresspiegels das Leben auf unserem Planeten mittelfristig tiefgreifend verändern.

Bewohnerinnen und Bewohner kleiner Inselstaaten in der Karibik und im Pazifik spüren diese Veränderungen schon heute. Der Meeresspiegelanstieg und die damit einhergehenden Gefahren wie Küstenerosion und die Versalzung landwirtschaftlicher Flächen zerstören Existenzgrundlagen von Kleinbauern. Außerdem ver-

ursachen tropische Stürme bei höherem Meeresspiegel weitere Schäden, da Sturmfluten größere Landflächen überschwemmen. Hinzu kommt, dass sich der Klimawandel auch negativ auf die Fischerei und den Tourismussektor auswirkt.

Die Versauerung der Meere und die Erwärmung der Ozeane, die das Korallensterben und den Rückgang von Fischbeständen zur Folge haben, gefährden die Lebensgrundlagen von In-

Die Regierung von Fidschi hat 830 Gemeinden identifiziert, denen aufgrund des Klimawandels die Umsiedlung droht.

selbewohnern, die auf die Ökosystemleistungen der Ozeane angewiesen sind. Damit schwinden schließlich die Zukunftsperspektiven der Menschen – manch einer bricht dann in der Hoffnung auf ein besseres Leben oder aus schierer Not auf und verlässt seine Heimat.

Migration: Überlebenssicherung oder Anpassungsstrategie?

Dabei führt diese Migration nicht immer in eine bessere Zukunft. Oft reichen die Fähigkeiten, die etwa ein erfahrener Landwirt hat, in den Ankunftsorten nicht zur Existenzsicherung aus. Ohne Zugang zu Weiterbildung kann die ökonomische Integration in anders strukturierte Arbeitsmärkte kaum gelingen. Auch deswegen sind Staaten dazu angehalten, bereits heute politische Maßnahmen zu ergreifen, um Möglichkeiten für Migration als effektive Anpassungsstrategie zu entwickeln.

Aufgrund der geographischen Exponiertheit ist die Diskussion um das Thema in verschiedenen pazifischen Inselstaaten vorangeschritten. Zum Beispiel haben auf den Fidschi-Inseln die Folgen des Klimawandels schon zu staatlich geplanten Umsiedlungen ganzer Dörfer geführt. Vunidogoloa auf der Insel Vanua

Levu ist das erste Dorf in Fidschi, das aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels umgesiedelt wurde. Der Fall zeigt, wie schwierig staatliche Umsiedlungsprozesse sind und welche unterschiedlichen gesellschaftlichen Anforderungen es dafür gibt. So berichteten Experten aus Fidschi, dass die Anordnung der neuen Häuser nicht der eines typischen Dorfes entspreche. Sie verlangten, Betroffene und insbesondere benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Planungsprozesse mit einzubeziehen.⁴ In ihrem nationalen Entwicklungsplan schätzt die Regierung des pazifischen Inselstaats, dass 830 Gemeinden in ländlichen und

Der Umgang mit Menschen, die vom Klimawandel vertrieben werden, obwohl sie kaum zum Problem beigetragen haben, wird zum moralischen Prüfstein der internationalen Gemeinschaft.

küstennahen Gebieten durch den Klimawandel von Umsiedlung bedroht sind.³ Um die immensen Kosten solcher Maßnahmen zu stemmen, hat die Regierung eigens einen Umsiedlungsfond eingerichtet, an dem sich auch die internationale Gemeinschaft beteiligen soll – der erste seiner Art. Zudem hat die Regierung 2018 Richtlinien für Umsiedlungsprozesse herausgegeben, um die Beteiligung aller Betroffenen zu gewährleisten. Deren operative Ausgestaltung steht jedoch noch aus.⁵

Doch wohin, wenn Land begrenzt ist? Der Fall des kleinen Inselstaats Kiribati, dessen Regierung Land auf den Fidschi-Inseln gekauft hat, um für die Folgen des Klimawandels gewappnet zu sein, erregte 2014 weltweit großes Medieninteresse. Staaten wie Kiribati, deren Inseln nur wenige Meter über dem Meeresspiegel liegen, sind in ihrer territorialen Existenz bedroht. In einem aktuellen Sonderbericht weist

das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) darauf hin, dass einige Inselstaaten Mitte dieses Jahrhunderts gänzlich unbewohnbar sein könnten. Der Anstieg des Meeresspiegels verstärke die Folgen von Überschwemmungen und gefährde dadurch die Fruchtbarkeit der Böden und die Süßwasservorkommen auf Atollen.⁶

Nicht nur auf Fidschi sah man sich gezwungen, klimawandelinduzierte Migration aktiv anzugehen. In dem pazifischen Inselstaat Vanuatu erließ die Regierung 2018 ein Gesetz, das den Zusammenhang von Klimawandel und katastrophenbedingter Vertreibung behandelt.⁷

Darin werden institutionelle Lücken benannt und darauf aufbauend Maßnahmen definiert, um neue Strukturen zu schaffen. Aus dem Thema der Klimamigration ergeben sich Querschnittsaufgaben, die interministerielle Planungsmechanismen erfordern. Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass Prozesse inklusiv gestaltet sind, um die Rechte von besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu sichern.

Fidschi und Vanuatu bilden, was Vorsorge angeht, eher die Ausnahme. In den meisten Staaten hinkt die Politik den Entwicklungen hinterher. In der Karibik hat

die extreme Hurrikansaison 2017 dazu beigetragen, dass das Problembewusstsein für Klimamigration unter politischen Entscheidungsträgern gewachsen ist. Bisher gibt es jedoch keine neuen Richtlinien. Auch wenn der politische Wille vorhanden ist, sind die finanziellen Ressourcen und technischen Kapazitäten der kleinen Inselstaaten stark begrenzt.

Wie künftiges Leid verhindern?

Die Forschung des letzten Jahrzehnts half dabei, die Debatte um den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration zu versachlichen. Gleichwohl bestehen weiterhin Forschungslücken, insbesondere in Bezug auf die Kleininselnstaaten. Auf globaler Ebene haben Nichtregierungsorganisationen dazu beigetragen, das Thema auf internationale Agenden zu setzen, so dass es auch im viel diskutierten Global Compact for Migration verankert wurde.

Auch in der Humanitären Hilfe gibt es Handlungsbedarf. Angesichts der Dimension der Klimakrise wird immer wichtiger, Klimaszenarien in konkrete Planung umzusetzen. Wenn Extremwetterereignisse häufiger und intensiver werden, müssen Notfall-Management und vorhandene Ressourcen zur kurzfristigen Hilfe für Vertriebene ausgebaut werden. Darüber hinaus können Gebiete, die vormals kaum von Extremwetter betroffen waren, zu neuen Krisenregionen werden. Ein vielversprechender Ansatz ist das sogenannte Forecast-based Financing, übersetzt „Vorhersagebasierte Finanzierung“.⁸

Kurzfristige und saisonale Vorhersagen von Wetter und Ernteverlusten werden dabei mit Informationen zu lokalen Gefährdungen und den Erkenntnissen aus vorherigen Katastrophen kombiniert. So lassen sich mögliche Folgen eines Extremwetterereignisses schon im Vorfeld abschätzen, es können notwendige Hilfemaßnahmen

INFOBOX

Klima und Migration

Juristische Anerkennung erlangen Migrant/innen bislang als politische Flüchtlinge (Asylrecht), als Bürgerkriegsflüchtlinge (Genfer Konvention), als Arbeitsmigrant/innen (Einwanderungsgesetze) oder aus humanitären Gründen. Menschen, die aufgrund verschlechterter klimatischer Bedingungen ihre Heimat verlassen, haben bislang keinen gesonderten Rechtsstatus.



Auf der Pazifikinsel Kiribati sollen Uferbefestigungen die Gefahren durch Sturmfluten und steigenden Meeresspiegel eindämmen.

eingeleitet und Mittel zugewiesen werden. Frühzeitiges Handeln kann Leid und Vertreibung entgegenwirken. Das Konzept bedarf allerdings guter Vorhersagen, Kenntnisse lokaler Gegebenheiten und neuer Finanzierungsmechanismen.

Für Staaten, die in ihrer territorialen Existenz bedroht sind, liegt es an der internationalen Gemeinschaft, nach Lösungen zu suchen, um legale und menschenwürdige Migrationswege zu eröffnen. In der Karibik könnten zwischenstaatliche regionale Organisationen, die zum Teil schon heute den freien Personenverkehr zwischen Mitgliedsstaaten gewährleisten, Teil der Lösung sein. Ein vielversprechender Ansatz wurde 2018 vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) vorgeschlagen: Die Einführung eines Klima-

passes. Der WBGU griff die Idee des Nansen-Passes auf, der Staatenlosen oder Vertriebenen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Zuflucht in anderen Ländern gewähren sollte. Demnach sollte der Klimapass zunächst den Bewohner*innen der besonders bedrohten flachen Inselstaaten ausgestellt werden, um ihnen frühzeitig Migration zu ermöglichen.⁹

Die Bedrohung der bis heute als paradisiisch wahrgenommenen Kleininselnstaaten, der drohende Verlust von Kulturen, Sprachen und Traditionen durch Meeresspiegelanstieg, Dürren und Stürme sind Vorboten der globalen Klimakrise. Der Umgang mit Menschen, die vom Klimawandel vertrieben werden, obwohl sie kaum zum Problem beigetragen haben, wird zum moralischen Prüfstein der internationalen Gemeinschaft.

1 Die Begriffe Flucht, Vertreibung, Migration u.a. werden hier rein beschreibend verwandt, nicht als juristische oder andere Kategorisierung.
2 Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) and Norwegian Refugee Council (NRC): "Global Report on Internal Displacement." 2018, www.internal-displacement.org/global-report/grid2018/downloads/2018-GRID.pdf.

3 Ministry of Economy: "5-Year & 20-Year National Development Plan: Transforming Fiji." Suva, Fiji: Ministry of Economy, Republic of Fiji, 2017.

4 Vinke, Kira, Julia Blocher, Mechthild Becker, Jorge S. Ebay, Teddy Fong, and Asha Kambon. "Home Lands: Island and Archipelagic State's Policymaking for Human Mobility in the Context of Climate Change." Bonn and Eschborn, Germany: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, 2020. (in print)

5 Ministry of Economy, Republic of Fiji: "Planned Relocation Guidelines: A Framework to Undertake Climate Change Related Relocation" (Suva, Fiji: Government of the Republic of Fiji, 2018), <https://cop23.com.fj/wp-content/uploads/2018/12/CC-PRG-BOOKLET-22-1.pdf>.

6 Pörtner, H.-O., D.C. Roberts, V. Masson-Delmotte, P. Zhai, M. Tignor, E. Poloczanska, K. Mintenbeck, et al., eds.: IPCC Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate. IPCC, 2019.

7 Vanuatu National Disaster Management Office NDMO: "Vanuatu National Policy on Climate Change and Disaster-Induced Displacement" (Port Vila, Vanuatu: NDMO, Ministry of Climate Change Adaptation, Meteorology, Geo-Hazards, Energy, Environment and Disaster Management, Government of Tuvalu, 2018), <https://ndmo.gov.vu/images/download/Vanuatu-National-Policy-on-Climate-Change-and-Disaster-Induced-Displacement-2018-published.pdf>

8 Deutsches Rotes Kreuz e.V.: "Forecast-Based Financing." Berlin, 2019. www.forecast-based-financing.org/wp-content/uploads/2019/05/0097_19_05_FBF_Bericht-Privatektor_Web.pdf.

9 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): "Zeit-Gerechte Klimapolitik: Vier Initiativen Für Fairness." Klimapolitik, 2018.

www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/politikpapiere/pp9_2018/pdf/wbgu_politikpapier_9.pdf.



Besonders gefährdet durch Erdbeben sind Menschen, die in einfachen Unterkünften an Hängen leben.

»Ein Notfallplan für jeden Haushalt«

Interview über Katastrophenvorsorge und Anpassung an den Klimawandel in Haiti

In Folge des globalen Klimawandels werden Intensität und Häufigkeit tropischer Stürme in der Karibik voraussichtlich erheblich zunehmen. Daher erarbeitet die Caritas Nippes in Haiti konkrete Einsatzpläne zum Zivil- und Katastrophenschutz. Sie basieren auf der sozialen Interaktion aller Beteiligten, einem Funksystem, Schutzhütten und Erosionsschutzwällen. Im Interview erläutern drei Mitarbeitende, wie sie dabei vorgehen.

Interview: Martina Backes

Welche Rolle spielen Wirbelstürme für die Menschen in Haiti – und im Besonderen der Hurrikan Matthew?

Jean Rénel Baptiste: Wird im Radio angekündigt, dass ein Wirbelsturm heraufzieht, so legt sich oft schon Stunden vor den ersten Böen ein Bangen über die betroffene Region: Wird das Dach auf dem Haus halten? Wieviel Wasser wird die Wohnviertel fluten, die Felder, Straßen und Brücken? Viele Menschen verammeln notdürftig ihre Häuser oder suchen Schutz in einer Kirche. Viele wissen nicht, wie sie sich schützen können.

Fidèle Nicolas: Über eintausend Menschen verloren ihr Leben, als Matthew im Oktober 2016 durch die Karibik fegte. Der Hurrikan der Kategorie 5 traf mit Geschwindigkeiten bis zu 230 Stundenkilometern auf Haiti, Jamaika, Kuba und die Dominikanische Republik. Der Süden Haitis war auf einen so heftigen Wirbelsturm logistisch nicht vorbereitet. Zerstört wurden mindestens 29.000 Häuser. 1,4 Millionen Menschen benötigten Hilfe.

Welche Gefahren folgen auf einen so heftigen Sturm?

Fidèle Nicolas: Eine große Gefahr sind Erdbeben sowie Überschwemmungen von städtischen Gebieten und der tiefliegenden Ebenen – gerade dort, wo die Bauweise weniger stabil ist. Wenn Verbindungsstraßen nicht mehr passierbar sind, können ganze Regionen isoliert werden.

Joana Lajoie: Vor allem sauberes Trinkwasser wird knapp, wenn Wasserrückhaltebecken nicht mehr funktionieren, weil Sedimente sie verschmutzen und verstopfen, oder wenn die Abwassersysteme überlaufen. Damit steigt die Gefahr, dass sich Epidemien wie Typhus und Cholera ausbreiten.

Wie beeinträchtigen solche Schäden an der Infrastruktur die Humanitäre Hilfe?

Jean Rénel Baptiste: Auch wenn nach dem Hurrikan Matthew mehr Hilfe verfügbar gewesen wäre, hätten die Hilfskräfte die Betroffenen aufgrund der schweren Straßenschäden und zerstörten Brücken nicht erreichen können. Die Beschädigung der Hauptstraße in Nippes und neun weiterer Straßenabschnitte machten es für die Hilfskräfte enorm schwer, die Opfer zu versorgen.

Joana Lajoie: 14 Gesundheitsstationen wurden beschädigt – eine lebensbedrohliche Lage für viele Patientinnen und Patienten. In Nippes kamen durch den Hurrikan 42 Menschen zu Tode, Hunderte wurden verletzt. Wasser und Nahrungsmittel waren binnen Tagen knapp.

Die enormen Schäden hatten auch mittel- und langfristige Folgen...

Joana Lajoie: Massive Schäden an über 200 der 850 Schulen in Nippes verzögerten die Wiederaufnahme des Unterrichtes, teilweise über Monate. In nicht sturmbetroffenen Siedlungen wurden Schulgebäude für längere Zeit als temporäre Unterkünfte genutzt, denn irgendwo mussten die Menschen bleiben; insgesamt 22.624 Häuser im Department Nippes waren zerstört. Ohne den Schulunterricht entgeht vielen Schülern und Schülerinnen aus armen Familien die Mahlzeit, die sie sonst dort einnehmen. Zudem ging Saatgut verloren, auch Felder wurden



Joana Lajoie ist Agrar-ingenieurin und leitet den Arbeitsbereich Katastrophenvorsorge bei Caritas Nippes.

verwüstet, vor allem Bananenstauden. Kochbananen stellen ein wichtiges Grundnahrungsmittel für die Menschen in Haiti dar. Es dauerte Monate, bis die neu gepflanzten Stauden wieder Früchte trugen. All diese Verluste wirken lange nach. Besonders betroffen sind arme Familien, Kleinhändler und Wohnungslose.

Fidèle Nicolas: Die Stromausfälle während und nach Hurrikan Matthew verhinderten, dass die Bevölkerung über den Katastrophenschutz informiert werden konnte. Oft erreichten die lebensrettenden Hinweise sie daher nicht. Für den Schutz der Bevölkerung sind Kommunikationssysteme wie Radio, TV und Telefonverbindungen enorm wichtig. Brechen sie zusammen, werden ganze Hilfeteams lahmgelegt. Vielerorts war die Kontaktaufnahme mit den lokalen Katastrophenschutzräten gar nicht erst möglich. Diese Ausschüsse, deren Arbeit wir nun stärken, planen und organisieren im Ernstfall, wie die betroffenen Menschen am besten unterstützt und wie Folgeschäden vermieden oder Gefahren bewältigt werden können. >>

TROPISCHE STÜRME UND HILFEN DER CARITAS

Sturmkatastrophen erfordern langfristige Humanitäre Hilfe

Wissenschaftlich ist noch nicht endgültig belegt, ob der Klimawandel unmittelbar Einfluss auf Anzahl und Stärke von Stürmen hat. Doch der Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen der Weltmeere lässt dies befürchten. Denn tropische Stürme nehmen durch steigende Wassertemperaturen an Häufigkeit und Intensität zu. Taifune (tropische Wirbelstürme in Ost- und Südostasien), Zyklone (im Indischen Ozean und im Südpazifik) und Hurrikane (im Atlantik, insbesondere in der Karibik, sowie im östlichen Pazifik) treten in der Folge der Meeresströmungen saisonal auf.

Durch den Taifun Haiyan, der am 8. November 2013 mit 300 Kilometern pro Stunde quer über die Philippinen raste, starben rund 6.300 Menschen, die Häuser von mehr als vier Millionen Menschen wurden zerstört. Caritas international unterstützt die Partner vor Ort bis heute beim Wiederaufbau – u.a. beim Bau sturmsicherer Häuser und Schulen, bei Projekten zum Aufbau von Fischerei und Landwirtschaft oder bei einem Straßenkinderprojekt, in dem viele Taifun-Waisen betreut werden. Der Zyklon Idai erfasste im Frühjahr 2019 die afrikanische Ostküste, insbesondere Mosambik. Auch dort ging es nach der Nothilfe schnell um einen Wiederaufbau, der gleichzeitig bereits zur Katastrophenvorsorge beiträgt. So werden stabile Häuser in möglichst wenig exponierten Lagen errichtet, damit sie sicherer vor Stürmen und vor den mit diesen einhergehenden Überschwemmungen sind. Auch der Aufbau von Warnsystemen, von Katastrophenschutz-Teams und regelmäßige Übungen gehören zum Standard der Caritas-Hilfen und sollen die Menschen in gefährdeten Regionen vor den Folgen von Sturmkatastrophen schützen.

Dass der Zyklon Fani, der – ebenfalls im Frühjahr 2019 – mit 200 Kilometern pro Stunde über die indische Ostküste fegte, kaum Erwähnung fand in den internationalen Medien, dürfte an den vergleichsweise glimpflichen Folgen gelegen haben: Er zerstörte zwar eine halbe Million Häuser, kostete aber „nur“ 41 Menschen das Leben. Zwanzig Jahre zuvor waren bei einem ähnlich starken Sturm noch weit mehr als 10.000 Menschen gestorben. Die Katastrophenvorsorge, an der auch Caritas international und ihre Partner vor Ort beteiligt sind, war in den zurückliegenden Jahren sehr erfolgreich. Frühzeitige Warnungen und umfangreiche Evakuierungen retteten vielen Menschen das Leben. Auch regelmäßige Übungen, um Abläufe im Katastrophenfall einzustudieren, Schwimmkurse und Erste-Hilfe-Schulungen sind Teil der Vorsorge. Und nicht zuletzt zählt sich auch der Bau von sturmfesten Schutzhäusern, in die sich Dorfbewohner zurückziehen können, aus. Die Caritas setzt die Maßnahmen zur Katastrophenvorsorge fort, denn auch künftig ist in der Region mit Zyklonen zu rechnen.

Wie können sich Menschen und Gemeinden vor Wirbelstürmen schützen?

Fidèle Nicolas: Die Möglichkeit, sich individuell wirksam zu schützen, ist in Haiti gering. Je nachdem, wie stark die Umwelt zerstört ist, steigt das Risiko der Gefährdung: Je schlechter die Infrastruktur, desto eher wird sie beschädigt, und je geringer der Lebensstandard, umso weniger sind die Menschen vorbereitet – und damit steigt das Risiko hoher Verluste.

Jean Rénel Baptiste: Damit die Kommunen sich aktiv schützen können, gründet die Caritas in Nippes lokale Katastro-



Jean Rénel Baptiste ist Bauingenieur und Rechtsanwalt. Er koordiniert die Programme der Caritas Nippes.

phenschutzkomitees. Wir erarbeiten spezifische Pläne und beziehen lokale Amtsträger und die Bevölkerung aktiv ein. Auch werden vorsorglich besonders prekäre Gebiete evakuiert und die Evakuierungspläne verbessert. Und wir wirken auf die Zusammenarbeit und Solidarität innerhalb der Kommune hin – nachbarschaftliche Hilfe und Umsicht sind Teil des Konzeptes und ergänzen den staatlichen Zivilschutz. Das Telefonnetz und die Reichweite der Radioprogramme werden verbessert sowie Frühwarnsysteme etabliert, um die Menschen über Katastrophen zeitig zu informieren. Nicht zuletzt helfen wir beim Bau von Häusern, die Wirbelstürmen besser standhalten und entsprechende bauliche Standards aufweisen.

Was tun die Menschen, wenn ein Wirbelsturm naht?

Jean Rénel Baptiste: Wenn Menschen von einem Hurrikan erfahren, informieren sie sich im Radio ständig über Sicher-

heitshinweise. Bewohnerinnen und Bewohner von Hochrisikogebieten und unsicheren Wohnlagen sollten vorübergehend Schutz bei Nachbarn oder in Schutzgebäuden suchen. Der Plan sieht vor, dass sie Lebensmittel und sauberes Wasser lagern und wichtige Dokumente sowie Medikamente in wasserdichten Taschen sichern.

Wie funktioniert der Katastrophenschutzplan ganz konkret?

Joana Lajoie: Im Vorfeld ist es wichtig, genau zu wissen, welche Informationen die Bevölkerung braucht, um selbst

Katastrophenschutz ist die Kommunikation mit abgelegenen Gebieten, zum Beispiel in Baradères und Rivière Salée. Dort leben über 40.000 Menschen. Gegenwärtig fehlt es an Telefonen und Funksystemen für den Zivilschutz. In Rivière Salée waren keine keine Vorratslager für Medikamente, Wasser und Nahrungsmittel verfügbar, um im Bedarfsfall sofort reagieren zu können. Dann kommt Hilfe oft zu spät. In Baradères hat die Caritas ein Schutzhaus für 400 Personen errichtet.

Was kann bei der Katastrophenvorsorge verbessert werden?



In Workshops werden Konzepte zur Katastrophenvorsorge und Notfallpläne erarbeitet.

© Lena Mucha

Gefahren ausweichen oder Risiken minimieren zu können. Es gibt einen Sektorplan, der genau festlegt, wie Notfallzentren eingerichtet und wie die zuständigen Stellen auf allen Ebenen mobilisiert werden, vom lokalen Schutzkomitee über das Ministerium bis zur internationalen Hilfsorganisation. Auf lokaler und kommunaler Ebene sind es Komitees, also Katastrophenschutzräte, die Informationen weitergeben und auch wissen, wo sich die schwächsten Personen befinden. Entscheidend ist zudem, dass sich alle humanitären Organisationen mit dem Katastrophenschutz abstimmen.

Fidèle Nicolas: Der Plan definiert Aktionen zur Gefahrenabwehr und Strategien zum Schutz – er gibt Leitlinien vor. Die lokale Verwaltung sorgt für die Koordination. Internationale Akteure unterstützen die lokalen Kräfte. Auch die Caritas Nippes bindet ihre Aktivitäten in diese Katastrophenschutzpläne ein, um Überschneidungen zu vermeiden.

Jean Rénel Baptiste: Die größte Herausforderung für den



Fidèle Nicolas ist Koordinator für den staatlichen Katastrophenschutz in Nippes.

© Lena Mucha

Fidèle Nicolas: Wie leistungsfähig der Zivilschutz ist, hängt davon ab, wie gut die einzelnen Aktivitäten und Rollen zwischen den beteiligten Akteuren – dem Staat, den Kommunen und Dörfern sowie externen Hilfskräften – abgestimmt werden. Hier muss sich noch einiges verbessern und vor allem braucht es Übung, sozusagen eine Routine. Katastrophenvorsorge ist ein laufender Prozess.

Joana Lajoie: Es braucht einen Notfallplan für jeden einzelnen Haushalt. Lokale Mandatsträger sollten laufend geschult werden. Diese einzelnen Elemente greifen dann bestenfalls ineinander. Wenn eine evakuierte Familie ihre Medikamentenliste und die Dokumente mit sich trägt, kann schneller und gezielter geholfen werden. Insofern ist der Katastrophenschutz ein sozialer Prozess. Bewusstsein über die Risiken und über das eigene Verhalten, kooperatives Handeln sowie eingetübte Abläufe sind die Elemente, die am Ende Leben retten. ■

Kein Land in Sicht

Immer stärkere Monsunregen, heftige Niederschläge durch Zyklone und reißende Ströme aus dem Himalaya, die von abschmelzenden Gletschern gespeist werden – in Süd- und Südostasien führen die Folgen des Klimawandels Jahr für Jahr zu Überschwemmungen.

Von Stephan Günther

Starke Regenfälle haben im Juli 2020 im Nordosten Indiens und in den Nachbarstaaten Nepal und Bangladesch Flüsse über die Ufer treten lassen und Erdbeben ausgelöst. Hunderte Menschen kamen dabei ums Leben. Im Jahr zuvor waren vor allem der Süden Indiens, Bangladesch sowie Myanmar betroffen. Auch 2019 starben mehrere Hundert Menschen. 2018 hatten die Überschwemmungen so große Dimensionen angenommen, dass die Medien von einer „Jahrhundertflut“ schrieben. 23 Millionen Menschen waren betroffen.

Dass der Monsun zu Überschwemmungen führt, war auch zu früheren Zeiten nicht selten. Da sich Landmassen schneller und stärker aufheizen als das Wasser der Ozeane, weht der Wind im Sommer landeinwärts und wird zum typischen Monsunwind. Dieses System mit den eigentlich regelmäßig wiederkehrenden, jahreszeitlich wechselnden Winden ist aber nun durcheinander geraten. Durch immer höhere Temperaturen entstehen immer stärkere „Hitze-Tiefs“, die immer mehr Wolken mit sich bringen. In der Folge werden auch die Monsun-

regen heftiger. Die Klimaforschung führt diese Entwicklung unmittelbar auf die Klimaerwärmung zurück. So fanden Forscherinnen und Forscher des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) heraus, dass die Erwärmung den indischen Sommermonsun in gleich zweierlei Hinsicht beeinflusst: Die Intensität der Regenfälle nimmt zu, und der Rückzug des Monsuns verzögert sich bis in die späten Sommermonate hinein.

Hinzu kommt, dass die extreme Hitze auf dem Indischen Ozean häufiger Zyklone entstehen lässt. So stellte ein



Überschwemmungen während des Monsuns sind in Kambodscha Normalität. Doch mit dem Klimawandel werden die Regenfälle unregelmäßiger und heftiger, ...

Team des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung im Jahr 2019 fest, dass extreme Temperaturen von um die 50 Grad Celsius von Asien bis zur arabischen Halbinsel den Zyklon Vayu verursachten, der zudem den Beginn des Monsuns völlig durcheinander gebracht habe.

Neben der gestiegenen Zyklon-Gefahr und dem veränderten Monsun kommt eine dritte Komponente hinzu, durch die im gesamten süd- und südostasiatischen Raum Überflutungen drohen: das Abschmelzen der Himalaya-Gletscher. Etwa ein Viertel des Himalaya-Eises, schätzen Forscher der Columbia University, ist in den vergangenen 50 Jahren bereits verschwunden. Eine in der Fachzeitschrift „Science Advances“ veröffentlichte Studie zeigt eine erschreckende Entwicklung auf. Demnach sind die Gletscher in der Region seit dem Jahr 2000 jährlich um durchschnittlich 43 Zentimeter abgeschmolzen. Noch umfasst das Eis im Himalaya rund 600 Milliarden Tonnen. Insbesondere in niedrigeren Lagen sind

die Verluste jedoch so groß, dass manche Gletscher bereits verschwunden, andere nur noch rudimentär vorhanden sind.

Gletscherwasser, lebenswichtig und lebensgefährlich

Rund 800 Millionen Menschen sind teils direkt, teils indirekt auf die Himalaya-Gletscher angewiesen. Denn der Süßwasserkreislauf in vielen asiatischen Ländern wird vom Schmelzwasser aus den Gletschern gespeist. Die Trinkwasserversorgung und die Bewässerung von Feldern, die Wasserkraftgewinnung für elektrischen Strom und Transportwege auf den großen Flüssen hängen davon ab. Langfristig – und regional auch schon aktuell – drohen durch das Verschwinden der Eismassen Wassermangel und Dürren. Schon heute führt das Abschmelzen der Gletscher zum Überlaufen von Schmelzwasserseen, zu Sturzfluten in den Oberläufen der Flüsse und zu Überflutungen bis ins Tiefland.

Die Handelnden in der Humanitären Hilfe müssen die Menschen in der Region also auf zunehmende Überschwemmungen vorbereiten. Katastrophenvorsorge, wie sie die Caritas beispielsweise in Indien (siehe Seite 33), Pakistan oder Kambodscha durchführt, kann die Gefahren für die Menschen reduzieren. Die Schutzbauten und höher gelegene Bereiche als Rückzugsorte für Mensch und Vieh, die Installation von Notfall- und Evakuierungsplänen und der Bau von Dämmen können Menschenleben retten. Und auch neue Anbaumethoden, wie sie Caritas international und ihre Partner in Kambodscha erproben, tragen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels bei. Doch braucht es neben diesen Bemühungen dringend Verbesserungen im internationalen Klimaschutz sowie grenzüberschreitende Konzepte zum Hochwasserschutz in der Region. Sonst drohen Häufigkeit und Ausmaß der Überflutungen weiter zuzunehmen und die Opferzahlen zu steigen. ■

... die Gefahren für die Menschen immer größer. Eine Anpassung an den Klimawandel wird schwierig, manchen bleibt nur die Flucht in die Städte.



© Bente Stachowiske

Glühende Landschaften

Wälder binden Kohlenstoff aus der Atmosphäre. Wenn sie verbrennen, entweicht das Treibhausgas in die Luft. So beschleunigen Waldbrände den Klimawandel.

Von Stephan Günther



Brandrodungen in kleinem Stil sind Teil des traditionellen Landbaus auch in den Tropen. Flächenbrände wie 2019 aber zerstören Klima und Böden.

© Caritas International

Eine gewisse Symbolik drängt sich geradezu auf beim Rückblick auf die Waldbrände des Jahres 2019 und 2020: Die größten und am längsten anhaltenden Feuer zerstörten Wälder im brasilianischen Amazonasgebiet, in den USA, in den arktischen Regionen Russlands und in Australien. Diese „Warnfeuer“ loderten allesamt in Staaten, die zu diesem Zeitpunkt von Klimawandelskeptikern oder gar Klimawandelleugnern regiert wurden, also Staatsmännern, die den wissenschaftlich vielfach belegten globalen Klimawandel verharmlosen oder gänzlich infrage stellen.

Dabei sind die großflächigen Vegetationsbrände gleichermaßen Ursache und Folge der Klimaerwärmung. Lang anhaltende Dürren und hohe Temperaturen, wie sie der Klimawandel zur Folge hat, trocknen die Vegetation aus und lassen Brände leichter entstehen und sich schneller ausbreiten. Das durch die Feuer freigesetzte Kohlendioxid (CO₂) wiederum forciert den Treibhauseffekt und damit die Klimaerwärmung. Ein Teufelskreis. Allein im Jahr 2019 sind durch Waldbrände weltweit fast sieben Milliarden Tonnen Treibhausgase in die Atmosphäre

gelangt. Zum Vergleich: Der Ausstoß bei der Energieerzeugung beträgt jährlich rund 34 Milliarden Tonnen.

Doch die Wechselwirkungen von Klimawandel, Trockenheit und Waldbränden sind noch vielschichtiger: Weil Hitze die Zersetzung organischer Stoffe beschleunigt, setzen Waldböden in Trockenjahren zusätzlich Kohlendioxid frei. Der Amazonas-Regenwald nimmt inzwischen auch ohne Feuer in trockenen Jahren weniger CO₂ auf, als er abgibt. Und aus den Permafrostböden Sibiriens, Skandinaviens und Nordamerikas wer-

den durch Feuer und Klimaerwärmung große Mengen an Methan und Kohlenstoff freigesetzt.

Bislang nehmen Wälder ein Drittel des Kohlendioxids auf, das durch Industrie, Verkehr und Haushalte in die Luft gelangt, ein weiteres Viertel binden die Meere. So verbleibt nur knapp die Hälfte in der Atmosphäre. Ohne diesen Prozess wäre die Erde schon heute sehr viel wärmer. Doch je mehr Wälder zerstört werden, desto weniger Kohlendioxid aus der Luft können sie binden – und weniger Sauerstoff mittels Photosynthese produzieren. Weil viele Wälder zudem nicht an die sich verändernden Klimabedingungen angepasst sind, sind sie kaum noch widerstandsfähig gegenüber Dürren, Feuern, Insekten und Krankheiten. Das in Mitteleuropa zurzeit drohende großflächige Waldsterben ist eine unmittelbare Folge des Klimawandels.

Wiederaufforstung und nachhaltiges Wirtschaften

Der Waldverlust erhöht das Katastrophenrisiko weltweit. Denn Wälder speichern nicht nur Kohlendioxid, sondern auch Wasser und Nährstoffe, die aus vegetationsarmen Böden schnell ausgespült werden. Ohne den Schutz durch Vegetation kommt es häufiger zu Überschwemmungen. Und ohne Wälder fehlt ein wichtiger Wasserspeicher, die Quellen der Bäche und Flüsse versiegen sehr viel schneller. In den Einzugsgebieten der Anden und des Himalayas, beispielsweise in Peru, Bolivien sowie Nordindien und Pakistan haben sowohl Dürre- als auch Flutkatastrophen deutlich zugenommen. An ungeschützten vegetationsarmen Hängen kommt es zudem vermehrt zu Erdbeben, die besonders Siedlungen in Hanglagen bedrohen.

Aufforstungsprogramme sollen helfen, die Folgen der Erderwärmung zu bremsen

und zur Katastrophenvorsorge beitragen. Das umfangreichste dieser Vorhaben ist das internationale Projekt der Great Green Wall (große grüne Wand) in der Sahel-Region. Um die Ausdehnung der Sahara zu stoppen, soll auf Initiative der Afrikanischen Union und mit Unterstützung der Weltbank, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen bis

Auch in der Katastrophenvorsorge von Caritas international sind Aufforstungen – in freilich weit bescheidenerem Umfang – eine wichtige Maßnahme zum Schutz vor Hangrutschungen, Überschwemmungen und Erosion. Im Senegal (siehe Seite 28) dienen sie dem Erhalt der sensiblen Ökosysteme der Mangroven, in Indien (siehe Seite 33) dem Hochwas-



Modellprojekte der Caritas in den Amazonas-Regionen Perus und Boliviens setzen auf Agroforstwirtschaft ohne den Einsatz von Feuer.

2030 ein fast 8.000 Kilometer langer Schutzwall aus Bäumen und Sträuchern gepflanzt werden. Der Waldstreifen soll die Erosion bremsen, so das Land wieder nutzbar machen – und zudem etwa 250 Millionen Tonnen Kohlendioxid binden. Laut Projektseite (greatgreenwall.org) wurden bislang 15 Prozent der Ziele umgesetzt: Im Senegal wurden mehr als zwölf Millionen Bäume gepflanzt, die gut an trockene Böden angepasst sind. Mehr als 15 Millionen Hektar Land wurden in Äthiopien renaturiert, je fünf Millionen Hektar in Nigeria und Niger.

serschutz und in Ostafrika dem Erosionsschutz. Projekte zum Waldschutz führt die Caritas auch in Bolivien und Peru durch. In der Amazonasregion reaktivieren die Caritasmitarbeiter traditionelles Wissen über die Landwirtschaft im Wald – so genannte Agroforstwirtschaft – und schafft so Übergänge zu den Naturwäldern. Angesichts der fortschreitenden Brandrodung gerade im Amazonasgebiet können solche nachhaltigen Projekte den Wert des Waldes aufzeigen – als Wirtschaftsfaktor und für den Natur- und Klimaschutz. ■

Ernährungskrisen in Zeiten des Klimawandels

Die Landwirtschaft leidet unter der Erderwärmung, mancherorts so sehr, dass Ernährungskrisen drohen. Zugleich ist die industrialisierte Landwirtschaft für den Klimawandel mitverantwortlich. Im Rahmen der Humanitären Hilfe müssen Nothilfe und langfristige Katastrophenvorsorge eng ineinandergreifen.

Von Susann Reiner und Martina Backes

Der UN-Bericht über die globale Ernährungslage 2020 stellt fest: Der Klimawandel ist ein treibender Faktor für den plötzlichen Anstieg der Zahl an Menschen, die Hunger leiden¹. Aufgrund von Klima- und Naturkatastrophen war im Jahr 2018 für 29 Millionen Menschen die Ernährung nicht mehr gesichert. 23 Millionen davon leben auf dem afrikanischen Kontinent, der von

Klimaschocks besonders betroffen ist (laut FSIN - Food Security Information Service 2019).^{2,3}

Der Weltklimarat schätzt in seinem vierten Sachstandsbericht, die Unterernährung in Afrika südlich der Sahara würde selbst beim optimistischen Szenario einer Temperaturerhöhung von nur zwei Grad Celsius um 25 bis 29 Prozent zu-

nehmen. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schreibt, dass mindestens 80 Prozent der Menschen, die Hunger leiden, an Orten leben, die von Naturkatastrophen und Umweltzerstörung betroffen sind. Die Humanitären Hilfswerke haben entsprechend häufig mit Nahrungskrisen in Regionen zu tun, die von klimatischen Härten getroffen sind.

© David Mutua

In Dürregebieten wie hier im Südsudan bringen die Äcker kaum noch Erträge. Die Landwirtin Mary Akoye sucht an den Feldrändern nach essbaren Wildkräutern.

Klimawandel verstärkt Ernährungskrisen

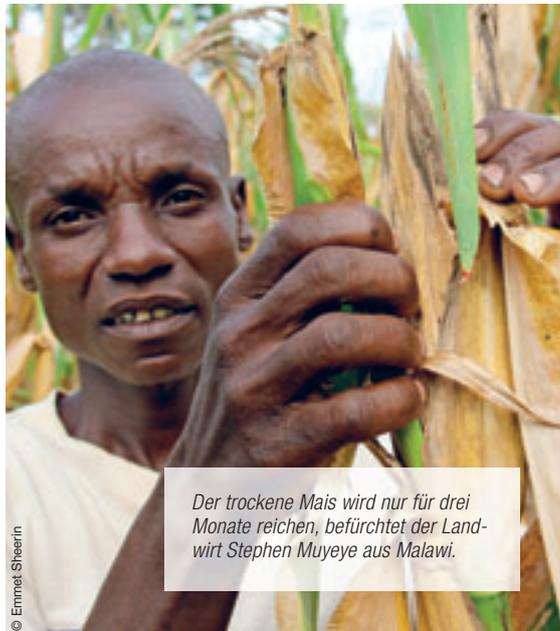
Zwar ist das Recht auf angemessene Ernährung längst ein verbrieftes Menschenrecht, doch sind nach wie vor viele Menschen trotz global wachsender Agrarflächen und Ernten von Hunger, Mangelernährung und daraus resultierenden Krankheiten betroffen. Inzwischen prognostizieren Expertenkreise, dass die absolute Zahl der Menschen, die an Hunger und Mangelernährung leiden – 2019 rund 690 Millionen Menschen – weltweit künftig noch weiter zunehmen könnte. Die Hotspots liegen derzeit in Haiti, Simbabwe, Sambia und in der Zentralafrikanischen Republik, wo jeweils fast jede zweite Person von Hunger oder Mangelernährung betroffen ist. In Angola, Nordkorea und Tschad ist es je ein Drittel der Bevölkerung. Rund zwei Milliarden Menschen leben in einem moderaten bis ernsthaften Zustand von Nahrungsunsicherheit⁴: Für sie ist eine gesunde und ausgewogene Ernährung nicht gegeben und die Gefahr von Hunger omnipräsent.

Ursachen für Hungerkrisen liegen oftmals in den lokalen politischen Verhältnissen und der Tatsache, dass ganze Bevölkerungsgruppen weder Land noch Geld besitzen. Hinzu kommen Kriege und Konflikte wie aktuell im Jemen oder in der Zentralafrikanischen Republik sowie Handelshemmnisse wie Einfuhrquoten, die es Bauern im Globalen Süden erschweren, angemessene Preise für ihre Produkte zu erzielen. Weil nicht zuletzt die Spekulation und der Handel mit Nahrungsmitteln an den Börsen zu steigenden Preisen führen, kann Nahrung – obwohl global ausreichend vorhanden – lokal knapp sein oder für Menschen in Armut unbezahl-

bar werden. Die schädlichen Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft verschärfen diese vielschichtigen Armuts- und Hungerrisiken nun noch.

Wie der Klimawandel die Landwirtschaft gefährdet

Der Einfluss sich verschiebender Klimazonen und Regenzeiten auf die Ernährungskrisen ist offensichtlich: Langanhaltende Dürren, Fluten sowie häufiger auftretende und heftigere Wirbelstürme vernichten Ern-



Der trockene Mais wird nur für drei Monate reichen, befürchtet der Landwirt Stephen Muyeye aus Malawi.

© Emmet Sheerin

ten und Saatgut oder dezimieren Viehbestände. Wiederholen sich solche Krisen, steigt die Gefahr von Hunger und Fehlernährung – wie etwa in Nordkenia und Somalia. Besonders gefährdet sind dabei sozial schlecht oder gar nicht abgesicherte Menschen. Beispielsweise weisen in Guatemala, wo sich der Trockengürtel ausgedehnt und Ernten seit Jahren immer knapper ausfallen, bis zu 35 Prozent der hier lebenden Kinder unter fünf Jahren Wachstumsstörungen infolge von Mangelernährung auf (siehe auch Seite 26).

Laut Weltagrarbericht 2017 waren in 34 von 51 Ländern mit Ernährungskrisen

Extremwetterereignisse dafür ausschlaggebend. In Kambodscha beispielsweise funktionieren die von Generation zu Generation weitergegebenen Reisanbaumethoden wegen der extremen Klimaveränderungen nicht mehr. Während der Monsunzeit überfluten immer größere Wassermassen die Landschaft, während der Trockenzeit mangelt es dagegen oft an Wasser für den Anbau der Nutzpflanzen. Für die Bevölkerung Kambodschas eine prekäre Situation, denn etwa 70 Prozent der Menschen leben von der Agrarwirtschaft.

Nicht weniger umfassend und gravierend als die skizzierten Ernteeinbußen und Verluste an Vieh sind die indirekten Folgen des Klimawandels. Missernten können zur Verknappung und folglich Verteuerung von Lebensmitteln und Saatgut führen, was kleinbäuerliche Familienbetriebe ebenso trifft wie Millionen von Landarbeitern und Landarbeiterinnen, die für größere Agrarbetriebe tätig sind. Das Wissen über standortgerechte Anbaumethoden und die Kultivierung von Land, über die Vieh- und Weidewirtschaft sowie über das lokal sinnvolle Wasser-

management verliert an Bedeutung, wenn sich die klimatischen Bedingungen radikal ändern.

Wie die Landwirtschaft den Klimawandel forciert

Die Landwirtschaft leidet also unter den Folgen des Klimawandels, umgekehrt hat aber insbesondere ihre ressourcenintensive und industrialisierte Form selbst immense schädliche Folgen für das Klima. Laut der Welternährungsorganisation FAO gehen ein Viertel aller Klimagase auf landwirtschaftliche Aktivitäten zurück.⁵

KLIMAWANDEL & ERNÄHRUNG

Der Klimafußabdruck des Essens

Die Klimabelastung durch den Fleischkonsum aus Massentierhaltung ist immens: Laut Fleischatlas 2018 steigt der Anteil des Fleisch- und Milchsektors an den klimaschädlichen Gasen von aktuell 14 auf über 30 Prozent im Jahr 2030 und auf mehr als 80 Prozent im Jahr 2050, wenn der Trend der vergangenen Jahre anhält. Nutztiere fressen heute nicht mehr nur Gras oder Heu, sie sind Nahrungskonkurrenten für den Menschen, da sie mit Kraftfutter aus Getreide, Soja oder Fischmehl gemästet werden. Derzeit werden 36 Prozent der weltweiten Getreideernte an Tiere verfüttert und sogar 70 Prozent der weltweiten Sojaernte. Unter den zehn Ländern mit den höchsten Entwaldungsraten zwischen 2010 und 2015 sind mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Bolivien die vier wichtigsten lateinamerikanischen Sojaproduzenten. Eine auf regionales und saisonales Gemüse, Getreide und Obst basierte Ernährung mit wenig Importware und fleischarmen Mahlzeiten fördert klimaschonende Anbausysteme. Hingegen ist eine aus verpackungsintensiven Fertigprodukten und Tiefkühlkost bestehende Mahlzeit, wenn sie auf agrarindustriell erzeugten importierten Lebensmitteln beruht, weder für das Klima noch für die Gesundheit förderlich.

Mit dem Klimafußabdruck einer jeden Mahlzeit ist dies messbar, z.B. auf: <https://klima-kollekte.de>

Die Nichtregierungsorganisation *Grain* beziffert den Anteil der globalen Lebensmittelwirtschaft an der Klimabelastung gar auf 50 Prozent – berücksichtigt man die Produktionskette von der Aussaat bis zum Teller. Klimaschädliche Treibhausgase werden durch die industrielle Produktion und Verwendung von Agrarrohstoffen wie chemische Dünger ausgestoßen und entstehen bei der Verarbeitung von Lebensmitteln etwa zu Tiefkühlpizzen und anderen Fertiggerichten. Und auch das Abholzen von Wäldern und die Zerstörung von Torfflächen für den Anbau von Soja, Zucker, Mais oder Palmöl hat Grain mitkalkuliert. Des Weiteren verbraucht die industrialisierte Landwirtschaft fossile Energie für den Betrieb von Landmaschinen und stößt als Folge der Massentierhaltung klimaschädliche Gase wie Methan und Lachgas aus. Schließlich verschlechtern auch Transport, Verarbeitung und Kühlung von Nahrungsmitteln sowie die Verschwendung der Lebensmittel, die auf der Müllhalde landen⁶, die Klimabilanz der industrialisierten Nahrungsmittelproduktion.

Ein wichtiger Indikator der Klimabilanz ist der Zustand der Böden: Wenn Böden ausgelaugt werden durch intensive Bewirtschaftung, entweicht dabei auch der im Humus gebundene Kohlenstoff. Wer also den Klimafußabdruck etwa eines Masthähnchens berechnet, muss auch das in Intensivlandwirtschaft produzierte Tierfutter auf Sojabasis einkalkulieren. Selbst ein Müsliriegel kann ähnlich negative Werte aufweisen, wenn er mit Datteln und getrockneten Mangos produziert wurde, die lange Transportwege hinter sich haben, und Palmöl aus überseeischer Plantagenwirtschaft enthält.

Krisenanfälliges Grundrezept

Das Grundrezept der klimabelastenden industriellen Landwirtschaft ist denkbar einfach: Weizen, Reis, Mais, Zuckerrohr, Soja und Palmöl sind die wenigen Hauptzutaten

der nicht nur ernährungsphysiologisch einseitigen Mahlzeiten. Sie werden auf gut 80 Prozent des weltweiten Ackerlandes mit industriellen Methoden – und damit klimabelastend – angebaut.

Ein weiterer Risikofaktor für Klima und Ernährung ist die Konkurrenz zwischen Tank, Teller und Futtertrog. Ein Großteil der in den vergangenen Jahren für die Agrarwirtschaft erschlossenen Landflächen ist für den ressourcenintensiven Anbau von Kraftfutter und Biomasse für die Energiewirtschaft – etwa Palmöl und Zuckerrohr – reserviert. Der Hunger nach Land dieser Sektoren ist immens, ihr Klimafußabdruck meist miserabel. Weiden für den Anbau nachwachsender Rohstoffe umzubrechen und Wälder für sie zu roden, trägt maßgeblich dazu bei, dass die Landwirtschaft zum Klimakiller wird. (siehe Kasten links).

Potenziale für einen Wandel nutzen

Eine Lösung der Klimakrise benötigt also eine andere Landwirtschaft. Zahlen aus dem Bericht des Weltklimarates unterstreichen das: Während die Erosion von Böden infolge landwirtschaftlicher Nutzung 78 Gigatonnen Klimagase in die Atmosphäre entlassen hat, kann die Regeneration landwirtschaftlicher Böden bis zu 51 Gigatonnen Kohlendioxid binden. Entscheidend ist, wie das Land bewirtschaftet wird. Eine klimaschonende und ökologisch angepasste, standortgerechte Landwirtschaft ist somit ein zentraler Aspekt auch der Katastrophenvorsorge in der Humanitären Hilfe, weil sie einerseits die Ernährung sichern kann und andererseits langfristig positive Auswirkungen auf das Klima hat.⁷ Ein Strukturwandel der Landwirtschaft hin zu klimabewussten Anbaumethoden braucht vor allem eins: den politischen Willen dazu. ■

1 The State of Food Security and Nutrition in the World (SOFI), Bericht der Welternährungsorganisation 2020: <http://www.fao.org/3/ca9692en/online/ca9692en.html#>

2 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_19_1913

3 www.csis.org/analysis/climate-change-and-food-security-test-us-leadership-fragile-world

4 Nach FIES (Food Insecurity Evaluation System), siehe Food Security Information Network 2019.

5 Laut einer Studie des WWF kann der Klimafußabdruck (also pro Person und Jahr) unserer Ernährung in Deutschland um über 270 kg CO₂-Äquivalente reduziert werden, wenn wir vermeidbare Nahrungsmittelverluste abstellen würden. WWF 2015: Das große Wegschmeißen. Vom Acker bis zum Verbraucher – Ausmaß und Umwelteffekte der Lebensmittelverschwendung in Deutschland.

6 Christiane Grefe, Global Gardening. Bioökonomie - Neuer Raubbau oder Wirtschaftsform der Zukunft? Verlag Antje Kunstmann, München 2016.

7 <https://eatforum.org/eat-lancet-commission/>

Mühsamer Kampf gegen Dürren

Weltweit breiten sich die Dürregebiete immer weiter aus, fast ein Drittel der Landflächen leidet unter Wassermangel. Caritas international und ihre Partner wirken der Entwicklung mit Wasserspeichern, Bewässerungssystemen und neuen Anbaumethoden entgegen.

Von Stephan Günther

Seit Mitte der 1950er Jahre zeigen meteorologische Aufzeichnungen für die Landgebiete der Nordhalbkugel einen eindeutigen Trend: In großen Teilen Europas und Asiens, in Nordafrika und im Norden Amerikas haben Dürren deutlich zugenommen. Die sehr trockenen Gebiete haben sich seither von etwa 15 Prozent der Landflächen auf mehr als 30 Prozent verdoppelt. Auf der Südhalbkugel ist diese Entwicklung wegen des geringeren Anteils an Landmassen weniger klar erkennbar, und die Klimadaten sind teils weniger umfangreich dokumentiert, doch auch in Australien, in Teilen des südlichen Afrika und Brasiliens wird es trockener.

Es sind nicht nur die geringeren Niederschläge, die zur Entstehung von Dürren beitragen. In den Gebirgen nahe der Pazifikküste der USA haben beispielsweise auch steigende Temperaturen in den Wintermonaten die Schneefälle weniger und in der Folge die Pegelstände der Flüsse im Frühling und im Sommer niedriger werden lassen. Ähnliche Verschiebungen sind in Zentral- und Osteuropa sowie im nördlichen Asien erkennbar, wo Gletscher und Permafrostböden tauen und ihre Funktion als Wasserspeicher verlieren.

Großen Einfluss auf den Wechsel von sehr trockenen und sehr niederschlagsreichen Jahren haben seit jeher die weltweit verlaufenden Meeresströmungen, etwa das Wechselspiel von *El Niño* und *La Niña*. In der Folge des globalen Klimawandels scheinen sich die damit verbun-



Lange Trockenzeiten lassen die Flüsse austrocknen. Für viele Landwirte in Äthiopien ist das ein existenzielles Problem.

© Jeannine O'Brien

denen Wetterextreme noch zuzuspitzen. Verlängerte Dürreperioden in der Andenregion und in Zentralamerika deuten ebenso darauf hin wie die teils über mehrere Jahre ausbleibenden Regenzeiten in Nordostafrika.

Steigende Temperaturen, nachlassende Niederschläge, zunehmende Erosion und häufigere Waldbrände bedingen sich zudem gegenseitig. Vegetationsverlust durch Feuer, Rodung oder veränderte Nutzungsformen machen die Böden anfälliger für Erosion, weil sie Wind und Wetter weitgehend schutzlos ausgeliefert sind. Dies wiederum führt zu steigenden Temperaturen und erhöhter Verdunstung, weil die Böden ohne schattenspendende Vegetation schneller austrocknen und

sich aufwärmen. Der Teufelskreis schließt sich, wenn in der Folge dieser Dürren weitere Vegetation abstirbt.

Beispiel Nordostafrika

In den Ländern am Horn von Afrika hat die Frequenz von Dürren in den letzten Dekaden deutlich zugenommen. Bis Anfang 2016 waren nach mancherorts jahrelang ausbleibendem Regen mehr als 20 Millionen Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen. Die dann einsetzenden Starkregen führten lokal zu Überschwemmungen, führten jedoch zu keiner nachhaltigen Verbesserung, weil die Wassermassen großteils oberirdisch abfließen. Schon Anfang 2017 folgten wieder Dürrewar-

nungen. In solchen akuten Notsituationen leisten Caritas international und ihre Partnerorganisationen in Äthiopien, Kenia, Somalia und Südsudan logistische Schwerstarbeit. Denn es gilt, die Schwächsten und Bedürftigsten mit Soforthilfe schnell zu erreichen. Gleichzeitig werden gezielte Vorkehrungen getroffen, um die Menschen gegen die Folgen der Katastrophen besser schützen zu können. Durch den Bau von neuen Brunnen, Tiefbrunnen und Regenwasser-Rückhaltebecken sowie durch die Instandsetzung älterer Brunnen können die Menschen auch in Dürreperioden Zugang zu Wasser erhalten. Gleichzeitig werden beschädigte Bewässerungssysteme und Viehtränken repariert. Um die akute Not zu lindern, lie-

fern Tankfahrzeuge Trinkwasser. Chlor-tabletten werden verteilt, um verschmutztes Wasser zu entkeimen.

Dürre-resistente Futterpflanzen helfen mittelfristig dabei, dass die Menschen während der Dürren ihre Viehbestände nicht verlieren – für viele Menschen in dieser Region eine wichtige Lebensgrundlage. Und auch bei der Ausgabe von Saatgut achtet die Caritas darauf, dass es gegen Dürren besser gewappnet ist als die Saat herkömmlicher Sorten. Außerdem zielt die langfristige Humanitäre Hilfe darauf ab, die Vielfalt der Landwirtschaft zu erhöhen. Caritas-Projekte zur Förderung des Gemüseanbaus, der Imkerei oder der Hühnerhaltung sind erfolgreiche Beispiele dafür.

Dürreprävention in Brasilien

Im Sertão, der halbwüstenartigen Region im Nordosten Brasiliens, leben nahezu 24 Millionen Menschen in zu meist großer Armut: Hohe Temperaturen, geringe Niederschläge und eine starke Verdunstung sorgen seit jeher für Wasserknappheit. Seit den 1970er Jahren aber treten im Zuge des Klimawandels in immer kürzeren Intervallen Dürren auf. Rund 70 Prozent der dort lebenden Bevölkerung sind von der Landwirtschaft abhängig, die sie jedoch immer weniger ernähren kann. Laut UN-Angaben leiden in der Region zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen an Armut und Hunger.

Traditionelle Saat gegen die Dürre

Im Interview mit Martina Backes erläutert Gerardo Jimenez, Mitarbeiter von Caritas international in El Salvador, Ansätze und Projekte in den von Dürren betroffenen Regionen Mittelamerikas.

In Guatemala und El Salvador dauern die Trockenzeiten immer länger. Wie können sich die Menschen an die veränderten klimatischen Gegebenheiten anpassen?

Gerardo Jimenez: Normalerweise gibt es zwei Regenzeiten und damit auch zwei Anbauphasen. Die erste, genannt „Primera“, dauert bis Ende Juli: Im Mai wird gepflanzt und nach drei Monaten geerntet. Nach einer eigentlich kurzen Trockenzeit folgt eine weitere regenreiche Zeit bis November. Wenn sich nun die Trockenzeit in die Regenzeit hinein verlängert, dann sprechen wir von Dürre. Dann benötigen die Bauern genügend Reserven an Lebensmitteln und Saatgut, um den Ernteausfall überbrücken zu können.

Wer ist davon besonders betroffen?

Jimenez: 87 Prozent der

meist armen Landbevölkerung in Guatemala ist direkt von der Landwirtschaft abhängig, sie alle sind von Dürren betroffen. Die Bevölkerung in der Trockenzone des Landes, im Corredor seco, leidet besonders unter der Trockenheit – hier ist der Anteil der Armen noch größer als in anderen Landesteilen. Mais, das wichtigste Grundnahrungsmittel, wird vor allem von Familienbetrieben und mittelgroßen Betrieben angebaut, einen industriellen Anbau gibt es kaum. Aber es gibt Regionen, in denen sehr viel Zuckerrohr und inzwischen auch Palmöl angebaut wird. Auch hier fallen die Ernten immer knapper aus, sodass den Bauern – und den Tagelöhnern, die dort arbeiten – Geld für die Dinge des täglichen Bedarfs fehlt. Die Widerstandskraft einer Familie hängt nicht zuletzt von der Fläche ihrer Äcker ab. Sehr kleine Betriebe, wie sie in El Salvador besonders häufig anzutreffen sind, können schon bei einer einzigen Dürre alles verlieren, insbesondere wenn sie sich auf eine einzige Nahrungspflanze in ihrem Anbau konzentrieren, etwa auf Mais oder Bohnen. Gerade aufgrund



Gemeinsam mit der Partnerorganisation IRPAA (Institut für angepasste kleinbäuerliche Landwirtschaft), die seit 1990 mit ihrem Programm „Zusammenleben mit dem semiariden Klima“ in der Region aktiv ist, unterstützt Caritas international die Bevölkerung bei der Anpassung an die veränderten Klimabedingungen. Die Ernährung und der Wasserzugang sollen gesichert und damit die Abwanderung in die Städte verhindert werden.

In Workshops vermitteln die Mitarbeitenden von IRPAA Landwirten Wissen zu Anbaumethoden, Techniken und Umweltschutz, das sie dann gezielt in ihren Gemeinden weitergeben können. In anderen Kursen geht es um

die Fähigkeit, Wasser auch in trockenen Regionen zu finden, oder um die Nutzung und das Speichern von Regenwasser. Es gibt Wasser-Fachberatungen für landwirtschaftliche Kooperativen und Schulen sowie Anleitungen, um Finanzanträge bei Regierungsprogrammen erstellen zu können.

Öffentliche Gelder ermöglichen den Kleinbauern beispielsweise den Bau von Zisternen oder anderer Systeme, um Regenwasser aufzufangen und aufzubewahren. Das so gewonnene Wasser dient den Familien als Trinkwasservorrat, aber auch dem Anbau von Gemüse und Obst und ermöglicht damit eine zusätzliche Einkommensquelle. ■

© Holger Vietz



In vielen von Dürren betroffenen Regionen Südamerikas im Einsatz: Zisternen der Caritas.

des spürbaren Klimawandels müssen sich die Menschen von Monokulturen wie Mais verabschieden und ihren Anbau diversifizieren. In den Projekten der Caritas pflanzen wir zudem Bäume, um den Humus wieder aufzubauen. Mehr Bodendeckung und Schutz vor Hitze sind zentral, um die Feuchtigkeit im Boden zu halten.

Gibt es weitere Möglichkeiten, um vorzubeugen und an den Klimawandel anzupassen?

Jimenez: Wettervorhersagen sind Bestandteil des Warnsystems, die Bauern nehmen das sehr ernst. Sie entscheiden danach, ob und wann sie die Felder bestellen. Wenn aber eine Ernte ausfällt, geraten vor allem die Kleinbauern schnell in Abhängigkeit. Wir brauchen also Anpassungen an die Trockenheit. Dabei ist das Saatgut ein zentraler Punkt. Es gibt eine große Vielfalt an lokalen Maissorten, die vergleichsweise gute Erträge liefern, aber die kaum mehr auf dem Markt oder bei den Bauern im Umlauf sind.

Saatgutzüchtungen, die für die Saatgutkonzerne lukrativer sind, verdrängen traditionelle Sorten. Braucht es mit klimatischen Veränderungen wieder mehr Artenvielfalt?

Jimenez: Ja, die Sorten sind oft an die jeweiligen Böden und die klimatischen und agrarökologischen Besonderheiten einer Klein-

region angepasst – an Höhenlage, Niederschlagsverteilung und Bodenqualität. Die genetische Vielfalt ist auch deshalb wichtig, weil viele dieser Sorten Resistenzen etwa gegen Schädlinge aufweisen und keine Pestizide brauchen. Andere kommen mit Dürreperioden besser zurecht. Das traditionelle Wissen der Bauern darüber ist für unsere Arbeit zentral. Sie sind hier nicht Hilfspfänger, sondern sie sind aktiv an der Erprobung neuer Methoden beteiligt.

Wie kommen die Kleinbauern an das Saatgut?

Jimenez: Es gibt Saatgutbanken, die auf dem Solidaritätsprinzip und auf fairem Handel beruhen. Wir – die Gemeinde, die Bauern und die Caritas – haben in San Miguel, El Salvador, eine solche Bank gegründet. Dort wird das Saatgut richtig temperiert und trocken gelagert; und es ist geschützt vor Schädlingen wie Mäusen und Insekten. Wenn ein Bauer Saatgut benötigt, kann er es hier zu fairen Preisen kaufen. Eine Kommission aus Gemeindemitgliedern verwaltet die Bank. Eingekauft wird möglichst dann, wenn die Preise günstig sind. Das war den Bauern zuvor nicht möglich, weil sie keine Lagerkapazitäten hatten. Die Bauern und Bäuerinnen können bei der Bank auch Teile ihre Ernte zu festen und fairen Preisen verkaufen; sie können andere Teile aber auch auf dem freien Markt anbieten. So schaffen wir keine Abhängigkeiten, sondern handeln nach einem Solidaritätsprinzip zwischen den Bauern und ihrer eigenen Bank. ■

Im Gleichgewicht mit Salz und Erde

Die Casamance kann Kornkammer, Gemüsegarten und Fischereigebiet für eine ganze Region sein. Doch der Klimawandel droht das sensible Ökosystem zu zerstören. Caritas international und ihre Partner im Senegal und in Guinea-Bissau setzen sich gemeinsam mit kleinbäuerlichen Familien für den Erhalt der einzigartigen Kulturlandschaft ein.

Von Martina Backes

Im Süden des Senegal und im angrenzenden nördlichen Guinea-Bissau wirkt sich der Klimawandel schon heute nachteilig auf die Ernährung der Bevölkerung aus. Der Reisanbau sowie die traditionelle Fischteichbewirtschaftung in der Casamance leiden unter zu spät einsetzenden Regenfällen. Die Böden, auf denen Reis angebaut wird, versalzen und versanden. Immer mehr Mangrovenbäume im Watt sterben. Die Mangroven in der Gezeitenzone an der Küste verlieren somit ihre Schutzwirkung vor den Wellen des Atlantiks und dem Salz des Meeres.

Reis und Fisch sowie Meeresfrüchte sind hier jedoch die wichtigste Nahrungsgrundlage der Bevölkerung. Laut der Welternährungsorganisation (FAO) liegt der Jahresverbrauch an Nahrungsmitteln in der Casamance – eigentlich die Kornkammer des Senegal – mit 154 Kilogramm pro Person um 31 Kilogramm unter dem empfohlenen Wert für eine gesicherte Er-

nährung. Die Menschen essen ein Fünftel weniger als für eine ausreichende Ernährung empfohlen.

Wenn der Regen ausbleibt, versauert der Boden

Reisfelder und Fischteiche in der Casamance bilden ein sensibles agrarökologisches Produktionssystem, das von einem Mangrovengürtel geschützt wird. „Flache Deiche, mit einer Schaufel bei Ebbe im Watt aufgeschüttet und mit kleinen Wasserdurchläufen versehen, stellen die Grundlage des traditionellen Systems zur Be- und Entwässerung dar“, erklärt Ismaïla Coly, Dozent für Agroforstwirtschaft an der Universität Ziguinchor.

Doch Wind, Wellen und Sturzregenfälle tragen den Boden ab, Salz und Eisen versauern ihn und machen die landwirtschaftlichen Flächen unfruchtbar. Hintergrund der Veränderungen: Der Regen setzt deut-

lich später ein als früher, statt im Mai fielen zuletzt die ersten Niederschläge erst Mitte August. Im langjährigen Mittel sind die ersten beiden Monate der Regenzeit sehr unzuverlässig geworden. Je länger aber der Regen auf sich warten lässt, desto stärker arbeitet die Verdunstung, die Salze und oxidiertes Eisen an die Bodenoberfläche transportiert. Zu viel Eisen lässt das Bodenmilieu versauern, die Reispflanzen verfaulen dann am Übergang zur Wurzel noch bevor die ersten Reiskörner gebildet werden. Und ein zu starker Salzgehalt im Boden erschwert die Wasseraufnahme durch die Reiszurzel. Die Pflanze trocknet mitten im Wasser innerlich aus.

Wenn dann im August der Starkregen einsetzt, fließt das kostbare Nass oberflächlich über tieftrockene und verkrustete Böden ab. Zwar hat der Gesamtniederschlag von rund 1.300 Millimeter pro Jahr insgesamt nur wenig nachgelassen. Doch die spät einsetzenden Starkregen sind für

Der Deich in Kaguitte wurde vor drei Jahren restauriert. Das Wasserkomitee des Dorf inspiziert ihn regelmäßig.

den Reisanbau nicht förderlich, es braucht leichte Regenfälle zum Durchfeuchten der Böden.

Durch die veränderten klimatischen Verhältnisse kommt es seit Jahren auch zu einem stillen Mangrovensterben in der Küstenregion. Schon früher wurden viele der immergrünen Bäume abgeholzt, weil sie wertvolles Bauholz liefern. Nun sind es in der Folge des Klimawandels zusätzlich steigende Temperaturen, zu spät einsetzende Regenfälle und heftige Gezeiten, die den Mangroven das Wachstum erschweren. Die salztoleranten Bäume wurzeln tief im Watt, über Luftwurzeln atmen sie Sauerstoff und über die Blätter scheiden sie Salz aus. Doch wenn Regen und damit Süßwasser zu knapp werden, steigt die Konzentration des Salzes – und die Mangroven verdursten mitten im Wasser.

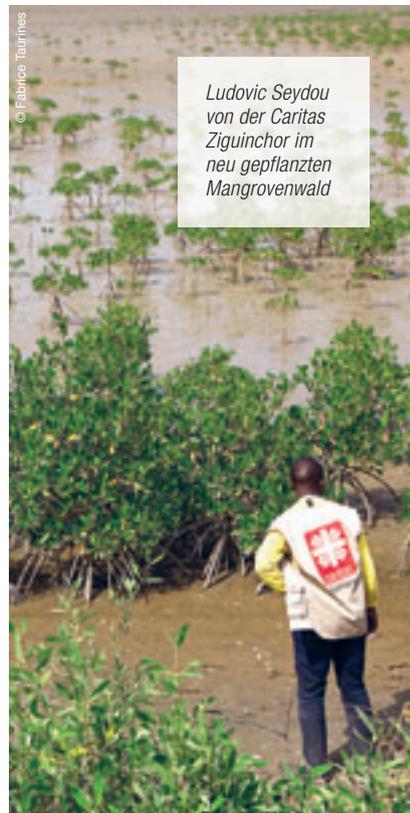
Im Dreiklang mit der Kulturlandschaft

Drei Elemente wirken in der Casamance zusammen und bilden ein sich gegenseitig beeinflussendes System: Mangroven, Fischteiche mit Deichbauten und Nassreisanbau in Parzellen. Nur wenn diese Elemente im Dreiklang funktionieren, haben die Landgemeinden eine Chance, trotz veränderter klimatischer Bedingungen ihre Ernährung zu sichern.

Die Wiederaufforstung des schützenden Mangrovenürtels ist daher wichtiger Bestandteil der Caritas-Projekte. „Wir suchen zuerst eine geeignete Stelle für die Aufforstung. Tonhaltige Böden halten das Wasser, das sind die besten Standorte“, erklärt Augustin Sambou von der Caritas Ziguinchor im Westen des Senegal, der zuvor in Guinea-Bissau für eine Umweltorganisation mit Mangrovenexperten zusammengearbeitet hat. „Wir pflanzen im April und Mai die jungen Mangrovensetzlinge ins Watt. Und dann hoffen wir. Wenn

der Regen zu lange auf sich warten lässt, dann steigt hier der Salzgehalt im Boden und die Jungpflanzen sterben wieder ab. Je weniger Regen, desto mehr Setzlinge sterben.“

Augustin Sambou konnte mit seinem Team eine Jugendgruppe für die Aufforstung der Mangroven gewinnen. Mit Erfolg: In den Mangroven werden inzwischen wieder Krabben gefangen, Austern und Honig gesammelt und wird gefischt. Die



Ludovic Seydou von der Caritas Ziguinchor im neu gepflanzten Mangrovenwald

Wälder sind also ein entscheidender Faktor für die Ernährungssicherheit der Bevölkerung – und darüber hinaus wichtig für den Klimaschutz. „Die Mangroven speichern rund drei- bis fünfmal soviel Kohlendioxid wie andere Wälder, vor allem im Wurzelsystem“, erklärt Ismaïla Coly.

Ein Deich für Fische und Reis

Gemeinsam mit dem Dorfkomitee und einem Wasserkomitee hat ein Caritas-Mit-

arbeiter den Deichbau in Kaguitte geplant und weitgehend umgesetzt, mit Schaufeln und dem nötigen Wissen über den Schleusenbau. Von der Caritas finanzierte Rohre regulieren den Wasserstand und damit auch den Salzgehalt des rund eineinhalb Hektar großen Teiches, in dem Mangroven wachsen. Zusammen bilden die Teiche ein System: Regenwasser und Meerwasser muss so geschickt gesammelt und verteilt werden, dass landeinwärts Reis angebaut werden kann und meerwärts die natürlichen Fischteiche der Fischzucht dienen können.

Dorfversammlungen, die Beteiligung der Bevölkerung, eine statische Berechnung und die Wahl eines Schleusenmodells gingen dem Bau der Deiche voran. Bislang konnten im Projektgebiet in drei Landgemeinden von der Caritas-Partnerorganisation ENDA Eau populaire rund 330 Hektar – einer Fläche von mehr als 460 Fußballfeldern – wieder für den Reisanbau nutzbar gemacht werden. Beim Deichbau helfen die Gemeindemitglieder mit Schaufeln und Schubkarren tatkräftig mit. Daher kennt das Dorfkomitee die Funktion und den Wert des Deiches genau und seine Mitglieder beobachten, ob es beschädigte Stellen gibt und wann eine Instandsetzung nötig wird.

„In nur zwei Jahren hat sich der Boden deutlich erholt“, erklärt Mamadou Diène, der Projektverantwortliche von ENDA Eau-populaire. 2014 hat die Gemeinde Bissassou 34 Tonnen Reis geerntet, im Jahr 2018 waren es 206 Tonnen. Und: Von hier sind es jetzt nur vier Kilometer bis nach Guinea-Bissau – dank des nun befahrbaren Deiches. Der grenzüberschreitende Handel ist eine wichtige Einkommensbasis, auch für die Menschen in Guinea-Bissau. Die Rückgewinnung der Fläche für den Reisanbau hat inzwischen in mehreren Gemeinden gut funktioniert. Alleine in den von der Caritas Ziguinchor



Eine Frauengruppe plant gemeinsam mit dem Caritas-Team die Pflanzungen in den Gemüsegärten.

© Fabrice Taurines

betreuten Landgemeinden sind es knapp 90 Hektar. In der Region Sédiou an der Grenze zu Gambia hat ENDA Eau Populaire mit dem Bau größerer Deiche nochmals knapp 330 Hektar Land zurückgewonnen und das salzige Wasser in neue Schranken verwiesen. Zudem werden mit schnell reifenden Sorten und neuen Reisanbaumethoden die Ernten auf die kürzeren Regenzeiten eingestellt. Das von der Caritas ausgegebene Saatgut ist an den Klimawandel besser angepasst. Es wird vom senegalesischen Institut für landwirtschaftliche Forschung (ISRA) gezüchtet.

Der Reisanbau wird so intensiviert, hat jedoch nichts mit agroindustriellen Anbautechniken gemeinsam. Der Boden wird mit einer kleinen Egge gepflügt statt in Handarbeit mit der Hacke umgebrochen – eine große Arbeitserleichterung. Aber der Reisanbau erfolgt ohne chemische Düngemittel.

Die Dorfbewohnerinnen holen aus den nahe gelegenen Wäldern Laub und faserreiche Erde, um die Reisfelder zu düngen. Vier Sorten Reis gehören derzeit zum Repertoire, mit dem die Gemeinden gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Caritas experimentieren. Der Erntezuwachs liegt bei bis zu 160 Prozent. Diese Erfolge lassen sich sehen, und doch hängt der Reisanbau an einem seidenen Faden. Wenn der Klimawandel die Regenzeit weiter verschiebt, werden die neu gewonnenen Widerstandskräfte schnell eine Grenze erreichen.

Um die Ernährung der Landgemeinden auf mehrere Pfeiler zu stellen, fördert die Caritas auch den Gartenbau. Die Caritas Ziguinchor verteilt Saatgut und erprobt natürliche Wege des Pflanzenschutzes. Den

Dünger stellen die Dorfbewohner lokal her, aus Falllaub, gemischt mit Walderde und Ziegenmist. Aus dem Neembbaum und einheimischen Pflanzen brauen sie Insektizide auf pflanzlicher Basis, und Mulch aus zerkleinerter Rinde des Baobab-Baumes schützt den Boden der Beete vor dem Austrocknen. Der Caritas ist es wichtig, den biologischen Anbau zu fördern. Inzwischen wurden 19 Hektar Gemüsegärten angelegt, in denen Zwiebeln, Salat, Tomaten, Auberginen, Knoblauch und Zitronen wachsen. Nicht zuletzt tragen regelmäßige Workshops zum Gemüseanbau mit den Frauen der Gemeinden zum Gelingen des Projektes bei. Denn die Erfahrungen, die die Caritasmitarbeiter selbst machen, geben sie weiter: gegenseitiges Lernen vergemeinschaftet wertvolles Wissen, alle profitieren. ■

Diskriminierung im Klimawandel

Weshalb die Folgen des Klimawandels Frauen im Globalen Süden besonders hart treffen – und wie Projekte von Caritas international darauf eingehen.

Von Lena Tiedemann

Länder des Globalen Südens bekommen die Folgen des Klimawandels stärker und früher zu spüren als Nationen im Globalen Norden. Die Grenze zwischen jenen, die sich besser dagegen wappnen können, und denen, die über keine oder sehr geringe Anpassungskapazitäten verfügen, verläuft jedoch nicht nur zwischen Nord und Süd. Sie verläuft innerhalb der Gesellschaften zwischen Arm und Reich und innerhalb von Gemeinschaften und Familien zwischen Männern und Frauen. Die höhere Vulnerabilität der Frauen im Globalen Süden ist kulturell durch das Patriarchat und Traditionen – und damit sozial – konstruiert. Im Zuge

des Klimawandels werden sie zusätzlich diskriminiert und marginalisiert. Studien der Politischen Ökologie und verwandter Forschungsfelder unterscheiden vier Hauptaspekte, die Frauen unverhältnis-

In Naturkatastrophen liegt die Sterblichkeitsrate von Frauen bis zu 14-mal höher als die der Männer.

mäßig anfällig für die Folgen des Klimawandels machen: ihre Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen, die Feminisierung der Armut, negative Auswirkungen auf

die Gesundheit der Frauen und eine höhere weibliche Sterblichkeit durch Naturkatastrophen.

Um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sind zahlreiche Frauen im Globalen Süden direkt auf natürliche Ressourcen angewiesen. Sie sammeln Brennholz und Futter für das Vieh, holen Wasser für ihre Familien. Nimmt die Umwelt Schaden, wird ihre Arbeit unmittelbar mühsamer und zeitintensiver. Um sauberes Wasser zu bekommen, müssen Frauen und Mädchen immer längere Strecken zu Fuß zurücklegen. Die weibliche Bevölkerung Indiens verbringt hochgerechnet 150 Millionen Arbeitstage pro



Auch in Krisenzeiten – hier in Südindien nach der Flutkatastrophe 2018 – sind meist Frauen dafür zuständig für Lebensmittel zu sorgen.

Jahr damit, Wasser zu holen. Hinzu kommt die Zeit für das Sammeln von Brennholz und Dung. Der Teufelskreis beginnt, wenn Mädchen keine Zeit haben, die Schule zu besuchen, weil sie mit Wasserholen beschäftigt sind. Ohne Bildung haben sie später jedoch kaum Alternativen, ihren Lebensunterhalt anders zu bestreiten. Die Abwanderung der Männer auf der Suche nach Arbeit und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung lassen den Frauen jedoch keinen Ausweg. Auch das ist eine Ursache für die oft zitierte Feminisierung der Armut.

Die Feminisierung der Armut

Schätzungen zufolge sind 70 Prozent der Menschen in Armut weiblich. Armut ist eine der Hauptursachen für die höhere Vulnerabilität gegenüber dem Klimawandel. Denn Armut schränkt den Zugang zu den Ressourcen ein, die für den Schutz gegen und den Wiederaufbau nach Naturkatastrophen oder Hungers-

nöten benötigt werden. In der Regel erwirtschaften Männer ein gewisses Einkommen durch Tätigkeiten außerhalb des privaten Haushalts, während die Mehrheit der Frauen auf dem Land in informellen und unbezahlten Aktivitäten arbeitet. Frauen haben deshalb oft nicht die finanziellen Mittel, selbst Land zu erwerben, vielerorts ist dies sogar gesetzlich untersagt. In ländlichen Gegenden ist der Landbesitz jedoch entscheidend für die Sicherung des Lebensunterhalts und hat eine wichtige soziale und symbolische Bedeutung. Solange Frauen praktisch von Landbesitz ausgeschlossen sind, haben sie keine Möglichkeit, eine gewisse finanzielle Sicherheit zu erlangen. In vom Klimawandel betroffenen Gebieten sind sozial schlechter gestellte Frauen gefangen in einem Teufelskreis von immer härteren Arbeitsbedingungen – bei sinkenden Erträ-

gen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO nennt schwere körperliche Arbeit, frühe Mutterschaft, hohe Geburtenraten und Unterernährung als besondere gesundheitliche Beeinträchtigungen vieler Frauen im Globalen Süden. Während der Schwangerschaft und der Stillzeit sind Frauen weniger widerstandsfähig

Etwa 70 Prozent der Menschen in Armut sind Frauen.

Das macht sie anfälliger auch für die Folgen des Klimawandels.

gegen extreme Klimabedingungen oder Wetterereignisse. Frauen werden in vielen Kulturen bei der Verteilung von Lebensmitteln diskriminiert und sind stärker als Männer von Unterernährung betroffen. Obwohl sie in der Regel das Essen für die ganze Familie zubereiten, essen Mütter und Töchter oft erst dann, wenn alle anderen an der Reihe waren. Sind



In Mali wie in vielen anderen Regionen der Welt sind es Frauen, die für das Wasserholen zuständig sind.

© Hannes Stegemann

Frauen während der Schwangerschaft unterernährt, wird die Gesundheit von Mutter und Kind beeinträchtigt. Da lebenswichtige Ressourcen wie Wasser oder Brennholz schwinden, sehen sich Frauen gezwungen, zu ungewöhnlichen Tageszeiten und an abgelegenen, unsicheren Orten danach zu suchen. Das Risiko sexueller Übergriffe steigt. Das Tragen schwerer Lasten über weite Strecken birgt Gesundheitsrisiken wie Verletzungen der Wirbelsäule oder Komplikationen während der Schwangerschaft.

Opfer von Naturkatastrophen

Naturkatastrophen fordern in vielen Regionen der Welt mehr weibliche als männliche Opfer. Die Sterblichkeitsrate von Frauen in Naturkatastrophen liegt bis zu 14-mal höher als die der Männer. Beim Tsunami 2004 im Indischen Ozean waren 70 Prozent der Toten Frauen. Dieses auch heute noch bestehende höhere Sterberisiko von Frauen ist sozial be-

gründet. Während in Lateinamerika in der Regel überdurchschnittlich viele Männer aufgrund von Naturkatastrophen versterben, da die „Machismo“-Kultur riskanteres, „heroisches“ Verhalten von Männern fördert, ist es in Asien und Afrika aufgrund verschiedener kulturell begründeter Geschlechternormen umgekehrt. Frauen können beispielsweise Überschwemmungen seltener entkommen, weil sie als Mädchen nicht gelernt haben zu schwimmen oder auf Bäume zu klettern. Darüber hinaus ist es in einigen Kulturen unüblich, ohne den Ehemann oder die Erlaubnis eines männlichen Familienmitglieds das Haus zu verlassen. Ein Umstand, der wertvolle Zeit kostet und fatale Folgen mit sich bringt. Warnungen erreichen Frauen, die zu Hause arbeiten, oftmals zu spät.

Katastrophen wie Überschwemmungen oder Dürreperioden zerschlagen die soziale Struktur, Familien werden getrennt,

Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Die Betroffenen verlieren ihre Lebensgrundlage. Nicht selten müssen Männer ihre Familie auf der Suche nach Arbeit verlassen und in die Stadt abwandern. Die Frauen bleiben mit erhöhter Arbeitsbelastung allein zurück und sind Einschüchterungen, sexuellen

Frauen sind bei Fluten gefährdeter, weil sie als Mädchen – anders als die Jungen – oftmals nicht schwimmen gelernt haben.

Übergriffen und Menschenhändlern ausgesetzt, insbesondere in Notunterkünften oder Flüchtlingslagern. Zwar sind nicht alle Naturkatastrophen auf den Klimawandel zurückzuführen. Häufigkeit und Intensität von zerstörerischen Tropenstürmen, Dürren oder Überschwemmungen nehmen durch die Erderwärmung jedoch zu – und damit auch die besonderen Gefahren für Frauen. ■

DIE PROJEKTARBEIT VON CARITAS INTERNATIONAL

Indien: Frauen spielen eine Schlüsselrolle

In den fruchtbaren Gebieten Ostindiens entlang des Brahmaputra-Flusses lassen sich immer mehr Menschen aus anderen Gebieten Indiens und aus Bangladesch nieder. Doch gerade diese Regionen sind stark von Erdbeben und Überschwemmungen bedroht. Durch den Klimawandel und durch Bodenerosion nehmen die Überflutungen in der Monsunzeit an Ausmaß und Heftigkeit zu.

Caritas Indien bereitet daher gemeinsam mit lokalen Organisationen die Bevölkerung in 22 Dörfern in Assam auf Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen vor. So sollen Ausmaße von Schäden und Verlusten verringert werden. Engagierte Dorfbewohner und -bewohnerinnen werden darin geschult, die Vorsorgemaßnahmen eigenständig zu organisieren und darüber auf den Versammlungen zu berichten. Es geht darum, wichtige Dokumente wasserdicht verpackt aufzubewahren, Saatgut auf Hochstände zu lagern und Vieh auf höhere Lagen zu treiben. In den Kursen vermitteln die Caritasmitarbeiter, wie die Menschen Trinkwasser mit natürlichem Material

filtern können und wie sie ihr Hab und Gut sicherer auf dem Wasser transportieren können. Auch die Kinder spielen eine wichtige Rolle: In den Schulen lehren Caritasmitarbeiter das korrekte Verhalten in Katastrophensituation.

Durch die Zusammenarbeit von Gemeindevertretern, Kommunalpolitikern und dem indischen Staat wurden außerdem einige wichtige Baumaßnahmen zum Schutz realisiert: Während sich die Dorfbewohner zum Anbau von Pflanzen verpflichteten, die den Boden festigen, lenkten die Bundesbehörden durch künstliche Stromschnellen die Strömung an besonders gefährdeten Steilufern um.

Ein wichtiges Augenmerk im Projekt ist, Frauen in Kursen für die Vorsorge zu mobilisieren. Die Auswirkungen der Kurse reichen weit über die Katastrophenvorsorge hinaus. Wenn Frauen sich an der Vorbeugung beteiligen und eine aktive Rolle übernehmen, hat dies auch einen positiven Einfluss auf viele weitere soziale und ökonomische Gelegenheiten. So kann letztendlich die Gerechtigkeit im Dorf gefördert werden.

Klimagerechtigkeit wird konkret

Die Frage nach der Gerechtigkeit im Kontext des Klimawandels ist längst keine rein philosophische oder moralische mehr. Es geht auch darum, wer für die immensen Schäden aufkommt, die durch den Treibhauseffekt ausgelöst werden, also um Entschädigung für die betroffenen Menschen und Staaten.

Von Wolf-Gero Reichert

Mit ungeheurer Wucht trafen die Zyklone „Idai“ und „Kenneth“ 2019 in kurzer Folge Malawi und Mosambik. Die Weltbank schätzt die direkten ökonomischen Schäden nur von „Idai“ und nur für Mosambik auf bis zu 773 Millionen Dollar. Zwar war die Hilfsbereitschaft angesichts der unmittelbaren Not groß, doch das mediale Interesse an der Katastrophe schwand schnell, lange bevor die Schäden behoben waren.

Zugleich wurde kaum über die dahinterliegende Problematik berichtet: Im Index der menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen steht Mosambik auf Platz 180 von insgesamt 189 Ländern. Damit einhergehend lag Mosambik 2016 beim CO₂-Ausstoß pro Kopf auf Platz 141 von 148 in dieser Statistik erfassten Ländern. Beim WeltRisikoIndex der Universität der Vereinten Nationen, der das Katastrophenrisiko eines Landes angibt, belegt

Mosambik 2018 dagegen Platz 42 weltweit; beim von Germanwatch veröffentlichten Global Climate Risk Index 2019, der das Risiko durch klimatisch bedingte Katastrophen berücksichtigt, liegt der südostafrikanische Staat auf Rang 28. Auch ohne die Zyklone „Idai“ und „Kenneth“, die in beiden Indices noch nicht berücksichtigt sind, wird klar, dass Mosambik überdurchschnittlich stark einem Risiko von klimatisch bedingten Katastrophen

© Harald Grabherr

Große Teile von Malawi und Mosambik wurden durch die Stürme 2019 überflutet. Den armen Ländern fehlen die Mittel für den Wiederaufbau.

ausgesetzt ist. Und es zeigt sich das extreme Missverhältnis des anthropogenen Klimawandels wie in einem Brennglas: Die Bevölkerungen derjenigen Länder, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, tragen selbst kaum zum CO₂-Ausstoß bei und profitieren auch kaum vom Wohlstand, der durch jenes energie- und ressourcenintensive Wirtschaftsmodell erzeugt wird, das die Weltwirtschaft dominiert.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass es vor allem Basisgruppen und Kirchen aus dem Süden des Planeten waren, die den Begriff „Klimagerechtigkeit“ geprägt haben und konsequent einfordern. In den UN-Klimakonferenzen spielt die Frage nach Gerechtigkeit implizit eine große Rolle, wenn es etwa um die Kostenverteilung geht, die der globale Klimawandel verursacht, ohne dass sie explizit zum Thema gemacht würde. Innerhalb der Zivilgesellschaft und auch innerhalb der Kirchen dagegen nimmt diese Frage wachsenden Raum ein. In *Laudato Si'* (LS) benutzt Papst Franziskus zwar den Begriff selbst nicht, aber er stellt doch ganz deutlich diesen Zusammenhang her, wenn er die „Klage der Erde“ mit der „Klage der Armen“ verbindet (LS 49). Im Folgenden wird zunächst der Begriff der Klimagerechtigkeit entfaltet, um daraufhin die Weltklimaabkommen von Paris und Katowice zu befragen. Abschließend werden einige vorsichtige Ausblicke nach der Weltklimakonferenz von Madrid gewagt.

Ökologische Chancengleichheit

Lange wurden Fragen des Klimaschutzes sozialethisch vor allem im Begriffsfeld der Nachhaltigkeit verhandelt. Berühmt ist der Ausspruch des Soziologen Ludwig Beck: „Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch“, der damit noch 1986 die Auffassung vertrat, dass Umweltver-

schmutzungen alle Bevölkerungsteile gleichermaßen betreffen. Damit stellten sich gerechtigkeitsrelevante Fragen lediglich mit Blick auf zukünftige Generationen, spricht: intergenerationell.¹ Im deutschsprachigen Raum wies zuerst Anton Leist auf intragenerationelle ökologische Gerechtigkeitsprobleme hin; seine „ökologische Gerechtigkeit“ versucht, Umweltfragen in soziale Fragen zu überführen: „Ein gesellschaftlicher Zustand ist ökologisch gerecht, wenn jeder dieselben Chancen hat, knappe Umweltressourcen zu erhal-

»Ein gesellschaftlicher Zustand ist ökologisch gerecht, wenn jeder dieselben Chancen hat, knappe Umweltressourcen zu erhalten.«

ten; wenn die moralisch begründeten Rechte hinsichtlich kritischer Güter (gesunde Umwelt) erfüllt sind und wenn die Gestaltung der Umwelt den ökologisch-ästhetischen Standards der Gemeinschaft entspricht.“² Es geht also um ökologische Chancengleichheit, um ökologische Menschenrechte sowie um ökologische Gestaltungsrechte. Die Pointe dabei ist, dass es nicht nur um den Schutz des Planeten geht, sondern um die faire Gestaltung des Zusammenlebens innerhalb eines schutzbedürftigen menschlichen Lebensraums. Dies hat Papst Franziskus treffend als „gemeinsames Haus“ umschrieben, das aber auch den künftigen Generationen ein gutes Leben ermöglichen soll (LS 13).

Mit Blick auf den anthropogenen Klimawandel geht es spezifisch um die Verteilungsfragen, die mit einem zentralen kritischen Gut, dem Klima, verbunden sind: „Das Klima ist ein gemeinschaftliches Gut von allen und für alle.“ (LS 23) Damit freilich werden die Grenzen von konkreten Gesellschaften überschritten, in die Leist

sein Gerechtigkeitskonzept einbettet, denn: „Der Klimawandel ist ein globales Problem“ (LS 25). Die Übernutzung des globalen Kollektivguts Klima betrifft alle Bewohnerinnen und Bewohner der Erde. Deshalb müssen die Fragen der moralischen Rechte auf dessen Nutzung auch global angelegt werden. Als kritischer Verteilungsmaßstab hat sich der Ausstoß von schädlichen Klimagasen, insbesondere von CO₂, herausgebildet. Dies mag auf den ersten Blick als Komplexitätsreduktion erscheinen, da die vielfältigen gerechtigkeitsrelevanten Fragen, die der Klimawandel aufwirft, auf eine einzige Messgröße fokussiert werden. Zugleich steht damit aber auch das weltweit herrschende, energie- und ressourcenintensive

Wirtschaftsmodell auf dem Prüfstand. Dessen Transformation wirft unzählige Verteilungsfragen und -konflikte auf, die insbesondere hinsichtlich der zeitlichen Dimension explosiv sind: Je später der Umbau einsetzt, desto schwieriger wird es, gefährlichen Klimawandel zu verhindern, desto gravierender werden die schädlichen Folgen und desto heftiger die intergenerationellen Konflikte.³ Je früher und entschlossener jedoch die Transformation einsetzt, desto intensiver werden intragenerationelle Konflikte.

Ein globaler Zustand kann somit als klimagerecht begriffen werden, wenn jedem Menschen auf der Erde, unabhängig von nationaler Zugehörigkeit, Alter, Geschlecht, Rasse und Religion, die gleichen Nutzungsrechte an der Atmosphäre zukommen. Ferner fordert Klimagerechtigkeit, dass jedem Menschen weltweit umweltbezogene Menschenrechte innerhalb der Tragkapazitäten des Planeten zu gewährleisten sind, so dass er in einer intakten Umwelt seine Grundbedürfnisse decken und seine Handlungsfähigkeit ent-

wickeln kann. Kurzum: Es gilt, klimage-rechte Strukturen und Institutionen zu schaffen, die allen Menschen heute und in Zukunft grundlegende Chancen eröffnen, menschenwürdig zu leben.

Die Weltklimaabkommen im Lichte der Klimagerechtigkeit

Im Weltklimaabkommen von Paris 2015 wurde der politische Wille fast aller Staaten der Erde vertraglich bekräftigt, die Bekämpfung des gefährlichen Klimawandels mit nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung zu verbinden.⁴ Die entscheidenden Vereinbarungen sind: Die globale Erwärmung bis 2100 auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen, um die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu reduzieren, sowie die Anpassungs- und Resilienzfähigkeit gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu erhöhen. 2018, bei der Weltklimakonferenz in Katowice, wurden zudem klimawandelbedingte Schäden und Verluste (loss and damages) aufgenommen. Ohne die konkrete Detailgestaltung zu diskutieren, werden diese Punkte im Lichte der Klimagerechtigkeit diskutiert.

Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müssen insbesondere die Industrie- und die großen Schwellenländer ihren Emissionsausstoß bis zum Jahr 2050 deutlich reduzieren. Der Koordinationsmechanismus, den das Parisabkommen vorsieht, setzt dabei auf freiwillige, nationale CO₂-Reduktionsbeiträge und transparente Rechenschaftspflicht, um in fünfjährigen Überprüfungszyklen eine Dynamik hin zu immer ambitionierteren Reduktionszielen auszulösen.

Vor dem Hintergrund des entfalteten Begriffs von Klimagerechtigkeit legt sich ein egalitärer Maßstab nahe, um die jeweiligen nationalen Reduktionsziele im Angesicht des zur Verfügung stehenden, planetarischen CO₂-Budgets zu bewerten: Da

jedem Menschen prinzipiell die gleichen Nutzungsrechte an der Atmosphäre zugestanden werden müssen, gilt es, einen Zustand zu erreichen, bei dem im Jahr 2050 alle Menschen ihren fairen Anteil von dann etwa ein bis zwei Tonnen CO₂ beanspruchen dürfen. Insofern kann man die vorliegenden Reduktionsziele ethisch qualifizieren, indem man diese Benchmark gleichverteilter Emissionsrechte anlegt, was einigen wenigen Ländern eine Steigerung des pro-Kopf-Ausstoßes erlauben würde, anderen hingegen wesentlich deutlichere Reduktionen abverlangen würde, als sie bisher angeboten haben.

Mit Blick auf die bereits getätigten Emissionen wirft Papst Franziskus die Frage auf, inwiefern es für die Industrieländer überhaupt noch Emissionsrechte geben kann, oder ob diese nicht eher „ökologische Schulden“ gegenüber der großen Mehrheit der Weltbevölkerung haben (LS 51). Dies mag wie ein Feilschen um Referenzjahre wirken, stellt aber mit Blick auf Kompensationszahlungen für Schäden und Verluste ein gewichtiges Argument dar.

Anpassungs- & Resilienzfähigkeit

Da auch mit dem Erreichen des 1,5-Grad-Ziels längst nicht alle Risiken des Klimawandels vermieden werden können, wird mit Paris auch eine Erhöhung der Fähigkeiten angezielt, sich einerseits an die möglichen Auswirkungen anzupassen, indem bspw. gegen den Anstieg des Meeresspiegel Deiche gebaut werden, andererseits aber auch mit den veränderten Lebens- und Wirtschaftsumständen produktiv umzugehen, insbesondere in der Landwirtschaft. Die Intensität von Naturereignissen kann nicht beeinflusst werden, aber es können Vorbereitungen getroffen werden, die dazu beitragen, dass aus einem Naturereignis keine Katastrophe wird.

Das Klimagerechtigkeitsproblem dabei

ist, dass es eine zweifache Asymmetrie der Verwundbarkeit gibt: Zum einen geographisch – allein aufgrund ihrer Lage sind viele Entwicklungs- und Schwellenländer wesentlich größeren Risiken für klimawandelbedingte Katastrophen ausgesetzt. Zum anderen aber auch ökonomisch: Ärmere Länder sind generell verwundbarer, da sie sich bestimmte Anpassungen nur schwer leisten können, sowohl im Hinblick auf die kontextbezogene Forschung als auch auf die erforderlichen Investments.

Im eingangs erwähnten Weltrisikobericht 2018 wird diese zweifache Asymmetrie abgebildet. Die zentralen Risikoregionen liegen demnach in Ozeanien, Südostasien, Zentralamerika und im südlichen Sahel. Zur Gewährleistung der umweltbezogenen Menschenrechte dort, insbesondere für bestimmte Risikogruppen und generell die Armen⁵, sind diese Länder auf beträchtliche zusätzliche Finanzmittel und auf Technologietransfers angewiesen, um ihre Bewältigungs- und Anpassungskapazitäten deutlich zu steigern. Schließlich sind andere, ebenfalls geographisch exponierte Länder wie Japan oder Niederlande keine Risikoregionen, da ihre Vorsorgemöglichkeiten wesentlich besser sind. Die in Paris ab 2020 zugesagten 100 Mrd. Dollar jährlich stellen hierfür einen ersten Anfang dar, werden aber sicherlich nicht ausreichen.

Wer entschädigt wen?

Während die Entwicklungs- und Schwellenländer in Paris noch am Widerstand der USA scheiterten, das Thema klimawandelbedingte Schäden und Verluste („Loss and Damages“) verbindlich aufzunehmen, ist dies bei der Konferenz in Katowice 2018 gelungen.

Loss and Damages bezieht sich insbesondere auf den ansteigenden Meeresspiegel sowie auf Naturereignisse wie Hit-



Der Zyklon hat in Mosambik Straßen, Brücken und Gebäude zerstört. Verfechter einer globalen Klimagerechtigkeit fordern, dass die Verursacher des Klimawandels für solche Schäden aufkommen sollten.

zewellen, Dürren, Wirbelstürme oder Überschwemmungen, die es zwar seit jeher gibt, deren Häufigkeit aber in den letzten 30 Jahren signifikant zugenommen hat: Der Anstieg der Durchschnittstemperatur beeinflusst die atmosphärische Zirkulation, wodurch Extremwetterereignisse wahrscheinlicher werden. Die schädlichen Auswirkungen sind oft drastisch: zerstörte Infrastrukturen, unterbrochene Wirtschaftskreisläufe, Verluste von fruchtbaren Böden oder ganzen Lebensräumen wie bspw. bestimmter Inseln im südlichen Pazifik.

Im Rahmen der Umsetzungsrichtlinien für das Pariser Abkommen ist nun vorgesehen, dass betroffene Länder über diejenigen Schäden und Verluste berichten, die ihnen aufgrund des Klimawandels widerfahren sind. Darin enthalten sollen auch Informationen zu Gegen- und Entschädigungsmaßnahmen sowie dadurch entstandene Kosten und Hilfsbedarfe sein. Diese Eingaben sollen im fünfjährigen Überprüfungsrythmus evaluiert werden. Damit ist jedoch bisher in keiner Weise vorgesehen, über Entschädigungsleistungen im Sinne der ökologischen Schulden verbindlich zu beraten. Allerdings wird der internationale Druck auf die Industrie- und die großen Schwellenländer steigen, sich demgegenüber endlich zu positionieren.

Ausblick: Nach Madrid ist vor Glasgow

Als sozialetisches Prinzip mit globaler Reichweite verpflichtet Klimagerechtigkeit in erster Linie die internationale Staatengemeinschaft sowie die Regierungen der souveränen Nationalstaaten für klimagerechte Strukturen und Institutionen zu sorgen, die allen Menschen heute und in Zukunft grundlegende Chancen eröffnen, würdig zu leben. Angesichts der immensen Gerechtigkeitsprobleme, die der anthropogene Klimawandel erzeugt, sind die Ergebnisse des jüngsten Weltklimagipfels von Madrid 2019 beschämend. Statt Fortschritte und Konkretisierungen bei den oben genannten Punkten zu erreichen, konnte – offenbar gegen das destruktive Wirken der USA, Brasilien und Australien – lediglich das Schlimmste verhindert werden: Nicht genug, dass sie gegen die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für klimawandelbedingte Schäden und Verluste opponierten, sondern dass sie sogar forderten, sämtliche Rechtsgrundlagen für Entschädigungszahlungen, auf die man sich in Paris und in Katowice unter Prüfungsvorbehalten verständigt hatte, für geltungslos zu erklären. Dies konnte durch den Zusammenhalt

der Entwicklungsländer und die vermittelnde Rolle der EU verhindert werden, so dass diese Themen bei der nächsten Weltklimakonferenz in Glasgow 2021 erneut diskutiert werden können.

Wenn die primären Instanzen für die Durchsetzung von Klimagerechtigkeit scheitern, dann sind andere Akteure aufgerufen, ihr Möglichstes zu tun. In diesem Sinne verpflichtet Klimagerechtigkeit auch Akteure der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, sich für klimagerechte Strukturen und Institutionen einzusetzen. Neben der konkreten Zusammenarbeit mit Partnern im Süden bedeutet dies, noch stärker auf eine politische Lösung mit globaler Reichweite hinzuwirken. Bis dahin sind vulnerable Länder wie Malawi und Mosambik leider gezwungen, sich selbst zu helfen und zu hoffen, dass sich „Idai“ und „Kenneth“ nicht wiederholen. ■

1 Laut dem Brundtland-Bericht fordert nachhaltige Entwicklung, die Bedürfnisse gegenwärtiger Generationen so zu befriedigen, dass dies auch künftigen Generationen möglich sein wird.

2 Anton Leist (2007): Ökologische Gerechtigkeit als bessere Nachhaltigkeit. In: APuZ 24/2007, S. 6.

3 Die Europäische Zentralbank warnte 2015 unter dem Titel „Too late, too sudden“ vor massiven Verlusten bei Wertpapieren, wenn die Transformation aufgeschoben wird und dann abrupt nachgeholt werden muss. Damit greift sie das Mantra von Sir Nicholas Stern auf. Der derzeitige Verzicht auf Gegenmaßnahmen zum Klimawandel wird auf lange Sicht wesentlich teurer werden als frühzeitiges, wirtschaftspolitisches Umsteuern.

4 Mit Ausnahme der USA, sofern sie 2020 tatsächlich das Abkommen aufkündigen.

5 Risikogruppen sind z.B. Kleinbauern, Nomaden oder Fischer. Besonders betroffen sind innerhalb dieser Gruppen Angehörige ethnischer Minderheiten, aber auch Frauen, Kinder oder Menschen mit Behinderungen.

Die Caritas im Einsatz für Klimaschutz

Die Bekämpfung von Ursachen und Folgen des Klimawandels ist eine globale Aufgabe, die lokal umgesetzt werden muss. Die Strukturen der Caritas bieten dafür beste Voraussetzungen.

Die Caritas setzt sich auf vielen Ebenen für verbesserten Klimaschutz, für Klimagerechtigkeit und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ein. Dabei nutzt sie die Vielschichtigkeit ihrer Strukturen: Auf internationaler Ebene baut sie auf die Stärke eines Netzwerks, das in 165 Ländern aktiv ist. Und Caritas international, das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes (DCV), leistet weltweit Humanitäre Hilfe – zunehmend auch nach klimabedingten Katastrophen. Innerhalb Deutschlands ist der DCV in zahlreichen Bündnissen aktiv, in der politischen Lobbyarbeit und nicht zuletzt durch eigene Aktivitäten zum Klimaschutz. Und auch auf regionaler und lokaler Ebene setzen sich zahlreiche Verbände der Diözesan- und Orts Caritas für Klimaschutz ein.

Caritas auf Weltklimakonferenzen

Mit bis zu fünf Delegierten nimmt Caritas Internationalis, die Konföderation der weltweiten Caritas Verbände, an den Weltklimakonferenzen teil – als beobachtende Nichtregierungsorganisation (NGO). Gemeinsam mit anderen kirchlichen Bündnissen, mit anderen NGOs und zuweilen auch mit staatlichen Vertretern setzen sich die Mitarbeitenden der Caritas dafür ein, dass Themen wie Klimagerechtigkeit und Katastrophenvorsorge auf die Agenda der Konferenzen kommen. Bereits 2004 hatte der Exekutivrat von Caritas Internationalis beschlossen, der Caritas-Region Ozeanien das Mandat zu erteilen, die weltweite Caritaskonföderation zum Thema Umweltgerechtigkeit zu mobilisieren. Dass der Impuls

aus Ozeanien kam, ist nicht zuletzt der Sorge um die existentiellen Folgen des Klimawandels für die Inselstaaten geschuldet.

www.caritas.org

Klimaschutz des Deutschen Caritasverbandes

Der Deutsche Caritasverband (DCV) hat die ökologische Nachhaltigkeit ganz oben auf seine Agenda gesetzt. Dazu hat der Vorstand des Deutschen Caritasverbandes 2017 die bundesweite Förderung einer nachhaltigen ökologischen Unternehmenspolitik bei den Diensten und Einrichtungen der Caritas in seine strategischen Ziele aufgenommen. Die Aktivitäten reichen dabei von politischer Einflussnahme über gesellschaftliches Engagement wie beim Stromspar-Check (s.u.) bis zu den Schritten zur Klimaneutralität des Verbandes selbst. Über das Strategiepapier des DCV, die Ziele und Beschlüsse der Delegiertenversammlung zum Klimaschutz und über weitere klimarelevante Themen erscheint im Herbst 2020 ein Schwerpunkt der „Neuen Caritas“:

www.caritas.de/neue-caritas

www.caritas.de

Stromspar-Check

Eine Erfolgsgeschichte ist in vielfacher Hinsicht der Stromspar-Check des DCV, durch den Einsparpotentiale des Energieverbrauchs im Haushalt aufgespürt werden. Mehr als 300.000 Haushalte mit geringem Einkommen haben bis 2019 einen solchen Check gemacht und so ihre Ener-

giekosten deutlich gesenkt. Beraten werden sie von Stromsparhelfer(inne)n, die als ehemalige Langzeitarbeitslose die Alltagsprobleme und Existenzsorgen von armen Haushalten aus eigener Erfahrung kennen. Neben den positiven Effekten für das Klima und die Geldbeutel der Haushalte profitieren auch die engagierten Arbeitslosen: etwa 40 Prozent von ihnen fanden eine berufliche Anschlussperspektive.

www.stromspar-check.de

Caritas ist Mitglied der Klima-Kollekte

Der Deutsche Caritasverband mit seinem Hilfswerk Caritas international kompensiert seit 2019 den eigenen Kohlenstoffdioxid-Ausstoß durch Zahlungen an die Klima-Kollekte. Als neuer Gesellschafter dieses kirchlichen Kompensationsfonds wird er eigene Klimaschutz-Projekte in Entwicklungsländern einbringen und umsetzen. Zwar will und wird der DCV durch Energiesparen und den Verzicht auf energieaufwändiges Handeln viele Treibhausgase vermeiden. Allerdings kommt auch die Caritas nicht ganz ohne Energieverbrauch aus. Dieser Verbrauch wird nun durch Zahlungen an die Klima-Kollekte ausgeglichen, die ihrerseits Klimaschutz-Projekte unterstützt, um so an anderer Stelle CO₂-Emissionen einzusparen. Das Konzept wird vom DCV umgesetzt, ist aber auch offen für andere Organisationen und Einrichtungen sowie für Privatpersonen. Eine kostenlose App hilft dabei, den eigenen CO₂-Ausstoß zu messen und zu reduzieren.

www.klima-kollekte.de



AUTOREN
UND
AUTORINNEN
IM
PRESSUM

Martina Backes (S. 14, 22, 28) ist Biologin und Journalistin sowie freie Mitarbeiterin in der Online-Redaktion von Caritas international.

Jean Rénel Pierre Jean Baptiste (S. 14) ist Bauingenieur und Rechtsanwalt und koordiniert die Programme der Caritas Nippes/Haiti.

Mechthild Becker (S. 10) arbeitet am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung im Projekt East Africa Peru India Climate Capacities (EPICC) und forscht dort an der Schnittstelle von Klimawandel, Migration und Konflikt.

Stephan Günther (S. 4, 18, 20) ist Forstwissenschaftler und Journalist sowie freier Mitarbeiter im Bereich Öffentlichkeitsarbeit von Caritas international.

Ole Hengelbrock (S. 4) ist Referent für Grundsätzliches im Referat Katastrophenhilfe Koordination bei Caritas international.

Gerardo Jimenez (S. 26) ist Fachkraft von Caritas international in Mittelamerika.

Joana Lajoie (S. 14) ist Agraringenieurin und Leiterin des Arbeitsbereichs Katastrophenvorsorge bei Caritas Nippes/Haiti.

Fidèle Nicolas (S. 14) ist seit 13 Jahren Koordinator für den staatlichen Katastrophenschutz in Nippes/Haiti. Er hat mehrere große Katastrophen miterlebt: Das Erdbeben 2010, vier Wirbelstürme 2008 und Hurrikan Matthew 2016.

Dr. Wolf-Gero Reichert (S. 34) ist Geschäftsführer der Hauptabteilung Weltkirche in der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Susann Reiner (S. 22) ist Biologin und Referentin bei Caritas international.

Lena Tiedemann (S. 31) hat ihre Bachelor-Arbeit über „The role of gender in climate change action plans of India, Nepal and Bangladesh“ geschrieben.

Dr. Kira Vinke (S. 10) leitet das Projekt East Africa Peru India Climate Capacities (EPICC) am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und ist Ko-Vorsitzende des Beirats Zivile Krisenprävention und Friedensförderung der Bundesregierung. In ihrer Dissertation ist sie unter anderem auf den Marshallinseln der Frage nachgegangen, ob Migration eine effektive Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels ist.

Herausgeber: Deutscher Caritasverband e.V., Caritas international,
Postfach 420; 79004 Freiburg, Tel.: (0761) 200-288; Fax: (0761) 200-730

E-Mail: contact@caritas-international.de

Internet: www.caritas-international.de

Konzept: Stephan Günther

Redaktion: Linda Tenbohlen (verantw.), Martina Backes, Stephan Günther

Lektorat/ Fotoredaktion: Christian Stock

Titelbild: Kenia 2017, © Nancy McNally/CRS

Layout: Sebastian Schampera, MSG | media

Mehr zum Thema:

www.caritas-international.de/klima-dossier



Caritas international, das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, leistet weltweit Katastrophenhilfe und fördert soziale Projekte für Kinder, für alte und kranke sowie für behinderte Menschen. Caritas international hilft unabhängig von Religion und Nationalität und arbeitet mit mehr als 160 nationalen Caritasorganisationen weltweit zusammen.
www.caritas-international.de